

Buchbinder-Zeitung

Er erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 55, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf., Stellengebühr 40 Pf., für Werbungsanzeigen 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 13.

Berlin, den 25. März 1911.

27. Jahrgang.

Zum Carifablauf.

Unser gegenwärtiges Vertragsverhältnis mit dem Verbands deutscher Buchbindermeister neigt sich seinem Ende zu, der Tarif vom 27. Juli 1906 hat nur noch Geltung bis zum 1. Juli dieses Jahres. Da er aber jedesmal um ein Jahr weiterläuft, sobald er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird und Abänderungsanträge eingebracht sind, darum sind wir schon jetzt vor die Entscheidung gestellt und die Versammlungen, die am 21. März in Berlin, Leipzig und Stuttgart stattfanden, haben mit der erwarteten Einmütigkeit nachstehende Resolution angenommen.

In Erwägung, daß die seit dem Jahre 1896 übliche Arbeitszeit, desgleichen der im Jahre 1907 einer wenig durchgreifenden Revision unterzogene Akkordtarif, dessen Positionen zu einem erheblichen Teile selbst seit dem Jahre 1900 keine Veränderung erfahren haben, des ferneren, daß die seit dem Jahre 1906 bezw. 1908 in Kraft befindlichen Minimalstundenhöhe den veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen, fordern die am 21. März 1911 versammelten Buchbinder und Buchbinderarbeiten der Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart, daß eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit und eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne vorgenommen wird.

In fernerer Erwägung, daß eine Anzahl Akkordpositionen des bestehenden Tarifes im Laufe der Jahre Streitigkeiten heraufbeschworen haben, die meist auf Auslegungen des Wortlautes der Positionen beruhen, die mit dem ursprünglichen Willen der vertragschließenden Parteien nicht in Einklang standen und dadurch der Arbeiterschaft nicht selten großen Schaden zugefügt wurde, verlangen die Versammelten eine gründliche Neuberatung des Tarifes, die nicht zuletzt einer genauen, jede Mißdeutung ausschließenden Fassung des Wortlautes der Position gewidmet sein soll.

Unter vorstehenden Voraussetzungen erklären sich die Buchbinder und Buchbinderarbeiten beiderlei, ein neues Tarifverhältnis eingeleitet und beauftragt ihre Funktionäre, die bereits vorbereiteten Wünsche der Gesellschafter und Arbeiterinnen an den Vorstand des Verbandes deutscher Buchbindermeister einzubringen, ermächtigt sie mit der Führung der zu erwartenden Beratungen und geben ihnen Vollmacht, einen neuen Tarifvertrag unter Berücksichtigung der seitens der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen abzuschließen.

Die Lohn- und Tarifbewegungen der Kollegenchaft in den drei Hauptzentren des Buchgewerbes ziehen dank der großen Zahl der beteiligten Personen stets größere Kreise. In diesem Jahre werden rund 9000 Personen umfaßt werden, wobei auf Berlin über 3000, auf Leipzig über 4000 und auf Stuttgart gegen 1500 entfallen. Der ungünstige Ausgang von 1906 bringt es mit sich, daß der diesmaligen Bewegung seitens der übrigen Kollegenchaft des Reiches eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, die mit Spannung der Entwicklung der Dinge harret. Zunächst in aller Kürze ein paar Worte über die Notwendigkeit gerade der diesmaligen Bewegung.

Warum brauchen wir eine Lohnsteigerung?

Die technische und industrielle Entwicklung, die ständig steigende Benutzung der aufs äußerste vervollkommensten Produktionsmethoden, die auch in

unserem Berufe sich immer weiterer Beachtung erfreut, geht natürlich auch am Arbeiter nicht spurlos vorüber. In immer größerem Maße wird hierdurch seine Arbeitskraft angespannt und seine Leistungsfähigkeit aufs höchste gesteigert. Früher war die Geschichte einfacher. Da mußte der Arbeiter 16 bis 18 Stunden — vielleicht auch noch länger — täglich arbeiten, um hierfür einen lächerlich geringen Lohn zu erhalten. Der Unternehmer trug dann die Gewissheit mit sich, vom Arbeiter das Äußerste erhalten zu haben, dessen dieser fähig war. Daß aber diese unmenslich lange Arbeitszeit eine rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft gar nicht zulassen konnte, das bedachte man nicht. Und doch ist es so, wie heute jedermann weiß. Das Resultat der langen Arbeitszeiten, ist Stumpfheit, Trägheit, gleichgültiges und teilnahmsloses Verhalten des Arbeiters gegenüber seinem Arbeitsprodukt, welches darum in seiner Qualität viel geringer bewertet werden muß, als wenn der Arbeiter bei einer weniger langen Arbeitszeit eine größere Anteilnahme an ihm betunden kann. Mit dem Erwachen der Arbeiterklasse jedoch, mit der Bildung und Ausbreitung der Organisationen gewann dieselbe einen Einblick in diese auch für das Gewerbe absolut schädliche Politik des Unternehmers und als sie erkannte, daß es ihre Arbeitskraft ist, auf deren wucherischer Ausnutzung sich alles aufbaute, da zögerte sie nicht, sich dieser Ausbeutung nach Möglichkeit zu entziehen. Und so hat sie es gehalten bis zum heutigen Tage. Die bloße Existenz der gewerkschaftlichen Organisation zeigt das schon an. Ihr Vorhandensein selbst ist der wichtigste Protest gegen die Gesellschaftsordnung, die sich entwickelt und vervollkommenet durch die maßlose Ausbeutung der Arbeitskraft der Masse des Volkes. Die Arbeiterorganisationen verkörpern gleichsam das Verlangen der Mitglieder nach Anteilnahme am Ertrage der Arbeit. Daß aber der Unternehmer nicht so ohne alles Weitere bereit ist, dem Erzeuger des Arbeitsvertrages diese Anteilnahme zuzugestehen, das ist eine ebenso alte Sache, und um nicht als einzelner von den Arbeitern niedergezwungen zu werden, deshalb ahmte er das Vorbild derselben nach und organisierte sich gleichfalls. Und so steht heute bei Lohnkämpfen usw. in der Regel einer geschlossenen Einheit der Arbeiter eine ebensolche Geschlossenheit der Unternehmer gegenüber, und es muß zu harten Kämpfen kommen, wenn sich beide Gegner zu einer friedlichen Lösung der Gegensätze durch Verhandlungen nicht verstehen. Wir haben es ja auch bei uns vor fünf Jahren gesehen, wie viele Opfer von beiden Seiten gebracht werden mußten, ehe an eine Beilegung des Kampfes gedacht werden konnte.

Nun ist nicht zu verkennen, daß die Jahre des Niederganges die Einheit und Geschlossenheit unserer Kollegenchaft überaus stark gefördert haben. Nichts schweigt ja den armen Teufel fester an seinen Klagengegnossen als das Bewußtsein des gleichen Leidens, der gleichen Entbehrungen. Und hieran war die verfloßene Tarifperiode überreich, einestheils durch den Niedergang und in dessen Verlauf durch ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit, andernteils durch die verheerenden Wirkungen der preußisch-deutschen Wirtschaftspolitik und der dadurch künstlich vergrößerten Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Verteuerung — ein recht inhaltsschweres Wort! Es bezeichnet einen sehr bedenklichen, unter Umständen sogar höchst kritischen Zustand im Wirtschaftsleben der Völker. Die Preise der unentbehrlichen Lebensmittel erreichen binnen kurzer Zeit eine

ganz anormale Höhe. Von dieser Kalamität werden in erster Linie und am härtesten die arbeitenden Klassen, die Masse der Unbemittelten und Armen betroffen, deren wirtschaftliche Lage auch ohnedem zumeist eine ungünstige, ja trostlose ist. Sie sind nicht imstande, aus dem Lagen, oft noch infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit stark gekürzten Einkommen die hohen Preise für die Lebensmittel usw. zu zahlen, sie müssen ihre ganze Lebenshaltung noch mehr einschränken. Und welchen Umfang diese Verteuerung gerade in den letzten fünf Jahren angenommen hat, das wissen unsere Kollegen und Kolleginnen aus eigenem. Nur ein paar Beispiele dafür. Es ist bekannt, daß z. B. ein Pfund Salz nur 4 Pf. kostete, wenn nicht der Staat 6 Pf. Steuern darauf gelegt hätte, daß das Pfund Zucker für 15 Pf. zu kaufen sein würde, wenn nicht davon der Staat 14 Pf. Steuern nehme. Auf den Lebens- und Genussmitteln lagern nämlich folgende Steuern und Zölle:

auf 1 Kilogramm Roggenbrot . . .	5,8 Pf.
" 1 " Weizenbrot . . .	6,4 "
" 1 " Mehl . . .	10,2 "
" 1 " Graupen, Grieß . . .	12,0 "
" 1 " Fleisch . . .	35,0 "
" 1 " Speck . . .	36,0 "
" 1 " Schmalz . . .	10,0 "
" 1 " Butter . . .	20,0 "
" 1 " Margarine . . .	20,0 "
" 1 " Käse . . .	15,0 "
" 1 " Eier (20—25 Stück) . . .	2,0 "
" 1 " Erbsen, Linsen . . .	1,5 "
" 1 " Zucker . . .	28,0 "
" 1 " Kaffee (roh) . . .	60,0 "
" 1 " Tee . . .	100,0 "
" 1 " Kakao . . .	20,0 "
" 1 " Schokolade . . .	50,0 "
" 1 " Gewürz . . .	50,0 "
" 1 " Salz . . .	12,0 "
" 1 gering . . .	1/2—1,0 "
" 1 Liter Bier . . .	4,5 "
" 1 Liter Branntwein . . .	47,0 "
" 1 Liter Petroleum . . .	6,0 "
" 1 Fünftelzig-Zigarette . . .	1,0 "
" 10 Stück Zigaretten zu 1 1/2 Pf. . .	2,0 "
" 10 Stück Zigaretten zu 2 1/2 Pf. . .	3,0 "

Man kann also wirklich sagen, daß außer der Luft und dem Grab in Deutschland vom Staate nichts unbesteuert gelassen worden ist. Die entsetzlichen Gesamtlasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, stellen sich so:

Für das Reich:

Zölle auf Nahrungs- und Genussmittel	482 Mill. M.
Zölle auf Industrieprodukte . . .	235 " "
Indirekte Steuern . . .	1160 " "

Zugunsten der Agrar- und Industriekapitalisten:

Verteuerung der inländischen Lebensmittel	1264 Mill. M.
Verteuerung der inländ. Industrieprodukte	1000 " "
Liebesgaben . . .	122 " "
Steuern in Bundesstaaten und Gemeinden	1717 " "
Körperssteuern . . .	59 " "

Gesamtbelastung 6039 Mill. M.

Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Last (ohne direkte Einkommensteuer) jährlich 94 M. Auf den deutschen Durchschnittsfamilienhaushalt von 4,7 Köpfen jährlich 442 M. Die Arbeiterfamilien könnten also schon ohne die Zollmehrpolitik ganz bedeutend mehr kaufen und konsumieren, ganz abgesehen davon, daß der Staat die Aufgabe hätte, auch auf anderen Gebieten die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen.

Der Arbeiter hat nur einen Weg, diese enorme Belastung wieder auszugleichen: Er muß trachten, sein Einkommen, seinen Lohn zu erhöhen. Aber wenn er heute zur Erreichung eines höheren Lohnsatzes mit Forderungen an den Unternehmer herantritt, dann wird ihm in der Regel vorgerechnet, wie hoch doch sein Lohn eigentlich schon ist, daß die Lohnsteigerung seit Jahren eine ständige ist und das am Ende „das Gewerbe“ einen noch höheren Lohn gar nicht mehr aufbringen kann und was dergleichen schöne Redefloskeln mehr sind. Der Arbeiter schätzt sie auch als nichts anderes ein, er weiß es, daß er nur durch die ungeheure Verteuerung in den Kampf um die Lohnerhöhung hineingetrieben ist, daß es nicht Uebermut ist, die ihn dazu anhielt, und wenn man die Preise für die wichtigsten Lebensmittel mit denen von vor wenigen Jahren vergleicht, dann findet man ganz außerordentliche Unterschiede. Die Belastung kommt in obiger Tabelle nur teilweise zum Ausdruck.

Leider haben wir in Deutschland keine genauen statistischen Unterlagen, um nachweisen zu können, daß die Lebensmittelpreise noch schneller gestiegen sind als die Löhne, und daß nur gut organisierte Arbeitergruppen eine wirkliche Besserung ihrer Lebenshaltung gegen früher aufweisen können. Aus Amerika liegt solch statistisches Material vor; aber die amerikanischen Verhältnisse sind von den deutschen zu verschieden, als daß sich dieses Material für unsere Verhältnisse mit gutem Gewissen verwenden ließe. Immerhin ist es interessant, zu erfahren, daß die Preise der Lebensmittel in Amerika von 1890 bis 1907 um 17,7 Proz. gestiegen sind. Das ist zweifellos viel weniger als in Deutschland, wo eine raffinierte Junkerpfiffenschaft im Verein mit den Feudalen der Industrie das Volk durch alle möglichen Steuern und Zölle auf Lebensmittel und Gebrauchsartikel ganz besonders ausplündert. So gelang es den amerikanischen Arbeitern durch ihre starken Organisationen immerhin, wenigstens den Stundenlohn erheblich mehr zu steigern als die Preise der Lebensmittel gesteigert wurden, nämlich um 28,4 Proz. Danach ist die Steigerung der Stundenlöhne in Amerika um 10,6 Proz. höher als die Steigerung der Lebensmittelpreise. Allerdings wurde dieses Mehr der Lohnsteigerung durch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 5,7 Proz. zum Teil wieder aufgehoben.

Viel ungünstiger als in Amerika ist die Preisentwicklung in der Schweiz, über die uns eine vor einiger Zeit erschienene Broschüre des schweizerischen Gewerkschaftsbundes Auskunft gibt. Die Arbeiter der Schweiz sind viel schlechter organisiert als die Amerikaner, was zur Folge hatte, daß sie mit ihren Lohnsteigerungen hinter den Steigerungen der Lebensmittelpreise zurückblieben. Zwar haben auch die bestqualifizierten und bestorganisierten Schweizer Arbeiter seit 1893 Lohnerhöhungen von 30—33 Proz. erlangt; aber die Lebensmittelpreise sind in der gleichen Zeit um 30—35 Proz. und die Wohnungsmieten sogar um 37—41 Proz. gestiegen. In Deutschland haben wir, wie gesagt, keine zuverlässige Statistik; aber es ist zweifellos, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise hinter der in der Schweiz nicht oder nicht viel zurückbleibt, wenn sie, was wahrscheinlich ist, jene nicht sogar übertrifft. Da ist wohl die Frage berechtigt, welches Einkommen muß eine Arbeiterfamilie haben, um ohne Not leben zu können. Wir wollen uns dabei aus guten Gründen auf einen unbedächtigen Zeugen berufen. Vor zwei Jahren hat Herr Dr. W. Gerloff-Kübingen in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ eine Studie über „Verbrauch und Verbrauchsbelastung kleinerer und mittlerer Einkommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts“ veröffentlicht. Darin sagt er: „Wie die Ernährung eines kräftig arbeitenden Mannes beschaffen sein soll, weiß die Regierung sehr gut, und wo sie ein Interesse hat, gesunde kräftige Menschen zur Verfügung zu haben, gibt sie ihm diese Rahrung.“ Er verweist dann auf das, was den deutschen Schiffsmannschaften gegeben wird und sagt: „Wollte sich eine Familie ebenso ausreichend ernähren wie die Marinemannschaften, so würde sie für das Rohmaterial der Nahrung 1248 Mk. jährlich brauchen; mithin, wenn diese Ausgabe als die Hälfte der gesamten gerechnet wird, müßte sie mindestens 2500 Mk. Jahreseinkommen besitzen!“ Da kann man wohl fragen, wie viele unserer Kollegen haben ein solches als Existenz-

minimum zu bezeichnendes Einkommen? Unsere Tarife sind ja alle Minimaltarife, und sollte eigentlich das Gros der Kollegenschaft über diese entlohnt werden. In Wirklichkeit ist die Sache jedoch anders, da ist der Minimallohn in den wenigsten Fällen nur ein solcher und der Unternehmer hält an dem festgelegten Lohnsatz mit Zähigkeit fest. Darum kann man sich auf Grund der bestehenden Tarife sehr wohl ein Bild von dem Einkommen unserer Kollegenschaft machen, nur darf man dabei nicht übersehen, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. in Anrechnung zu bringen. Und die Ergebnisse unserer Statistik werden bestätigen, daß wir von dem in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik gleichsam als Existenzminimum angesehenen Jahreseinkommen noch hüllisch weit entfernt sind. Unsere Aufgabe muß es darum sein, Sorge zu tragen, daß wir es bald erreichen.

Und so sind denn in langen Beratungen die Forderungen entstanden, die in diesen Tagen an die Unternehmer eingereicht werden. Aus diesen heben wir nur kurz die folgenden hervor, die sich mit Arbeitszeit und Stundenlöhnen befassen. Danach soll die tägliche Arbeitszeit eine neunstündige sein und sie hat zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends zu liegen. An Sonnabenden und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage soll die Arbeitszeit nur 6 Stunden betragen. Bei durchgehender Arbeitszeit soll die effektive Arbeitszeit eine halbe Stunde kürzer sein als vorstehend bezeichnet. Bei dieser Arbeitszeit fällt die Wespertafel fort. Die Mittagspause soll zwischen dem betreffenden Prinzipal und seinem Personal vereinbart werden. Als Willensmeinung des Personals gilt die Ansicht der Majorität. Bei Einführung durchgehender Arbeitszeit darf ein Lohnausfall für Stundenlohnarbeiter bzw. -arbeiterinnen nicht stattfinden.

In bezug auf die Entlohnung wird verlangt: Der Minimalstundenlohn beträgt ab 1. Juli 1911:

Für männliche Arbeiter:

a) Für gelernte Buchbinder, die sich mindestens im sechsten Jahre ihrer Berufstätigkeit befinden: für Stuttgart 66 Pf., für Leipzig 68 Pf., für Berlin 62 Pf.; vom 1. Oktober 1913 ab: für Stuttgart 60 Pf., für Leipzig 62 Pf., für Berlin 65 Pf.

b) Für männliche Arbeiter, die vier Jahre gelernt haben und sich im ersten Gehilfenjahre befinden, bzw. die drei Jahre gelernt haben und sich im zweiten Gehilfenjahre befinden: für Stuttgart 47 Pf., für Leipzig 49 Pf., für Berlin 53 Pf.; vom 1. Oktober 1913 ab: für Stuttgart 51 Pf., für Leipzig 53 Pf., für Berlin 57 Pf.

c) Für männliche Arbeiter, die drei Jahre gelernt haben und sich im ersten Gehilfenjahre befinden: für Stuttgart 44 Pf., für Leipzig 46 Pf., für Berlin 50 Pf.; vom 1. Oktober 1913 ab: für Stuttgart 48 Pf., für Leipzig 50 Pf., für Berlin 54 Pf.

Der unter b) und c) aufgeführte geringere Lohnsatz darf nur bis zur Beendigung des fünften Jahres nach Beginn der Lehrzeit bezahlt werden.

d) Für Presser an Schnellpressen sämtlicher Systeme sowie Gehilfen an der Vordruckmaschine, für erste Gehilfen an der Einlegemaschine und Maschinenmeister, denen mehrere Schnittdruckpressen, Klebe- oder Bronzemaschinen zur Beaufsichtigung bzw. Einrichtung überwiesen sind: während der Lehrzeit (Dauer 6 Wochen) für Stuttgart 60 Pf., für Leipzig 60 Pf., für Berlin 65 Pf.; nach beendeter Lehrzeit: für Stuttgart 70 Pf., für Leipzig 70 Pf., für Berlin 75 Pf.; vom 1. Oktober 1913 ab: für Stuttgart 75 Pf., für Leipzig 75 Pf., für Berlin 80 Pf. Der zweite Gehilfe an der Einlegemaschine ist mit mindestens 65 Pf. pro Stunde zu entlohnen, ab 1. Oktober mit mindestens 70 Pf.

e) Der in Berlin übliche Minimalstundenlohn für Spezialarbeiter beträgt 65 Pf.; ab 1. Oktober 1913 70 Pf.

Für weibliche Arbeiter:

a) Für ungeübte Arbeiterinnen: im ersten Halbjahr für Stuttgart 18 Pf., für Leipzig 18 Pf., für Berlin 22 Pf.; im 7.—9. Monat: für Stuttgart 21 Pf., für Leipzig 21 Pf., für Berlin 28 Pf.; im 10.—12. Monat: für Stuttgart 24 Pf., für Leipzig 24 Pf., für Berlin 30 Pf.

Nach Verlauf eines Jahres erhalten die Arbeiterinnen den Minimallohn für geübte Arbeiterinnen.

b) Für geübte Arbeiterinnen (exkl. der unter c) genannten Spezialarbeiterinnen): für Stuttgart 30 Pfennig, für Leipzig 30 Pf., für Berlin 38 Pf.; vom 1. Oktober 1913 ab: für Stuttgart 32 Pf., für Leipzig 32 Pf., für Berlin 41 Pf.

c) Für geübte Goldauftragerinnen, Schrift-, Bronzier-, Ausputz- und Grundiermädchen sowie für Maschinenarbeiterinnen: für Stuttgart 34 Pf., für Leipzig 34 Pf., für Berlin 42 Pf.; vom 1. Oktober 1913 ab: für Stuttgart 37 Pf., für Leipzig 37 Pf., für Berlin 45 Pf.

d) Geübten Arbeiterinnen ist der ihnen zustehende Lohn auch dann zu zahlen, wenn sie vorübergehend oder dauernd in einer anderen Abteilung des Betriebes beschäftigt werden.

e) Für lernende Goldauftragerinnen, Schrift- und Grundiermädchen, Draht- und Fadenbestreuerinnen ist eine Lehrzeit von 18 Wochen zulässig. Nach dieser Zeit ist ihnen der Lohn für geübte Arbeiterinnen nach Absatz c) zu gewähren.

f) An sonstigen Maschinen tätige Arbeiterinnen gelten nach einer Beschäftigungsdauer von 6 Wochen als geübte Arbeiterinnen.

g) Bronzier- und Ausputzmädchen (Metall, Bronze, Folie) ist der höhere Minimallohn ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer zu zahlen.

Sämtlichen Stundenlohnarbeitern bzw. -arbeiterinnen ist außer dem durch die verkürzte Arbeitszeit bedingten Lohnausgleich eine Erhöhung der Löhne um mindestens 5 Proz. zu gewähren, falls diese 5 Proz. nicht bereits durch die Neuregelung der Minimallöhne erreicht sein sollten. Am 1. Oktober 1913 tritt eine weitere Erhöhung sämtlicher Zeitlöhne von 5 Prozent ein.

Außerdem enthält das Wortwort noch allgemeine Bestimmungen über die Affordarbeit, über die Entschädigung für Ueberstunden und Nachtarbeit, über Kündigungsfrist, Vorenberechnung, Stellen für Lehrlinge und ungeübte Arbeiterinnen, Bestimmungen über die Lohnzahlung, über § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Gehmarbeit, Befehung von Maschinen und Schiedsgerichte. In bezug auf die Arbeitsvermittlung ist gesagt:

An allen Orten unseres Berufes, in denen dieser Tarif anerkannt wird, ist ein Arbeitsnachweis zu errichten, der gemeinschaftlich geleitet und verwaltet wird. Die entstehenden Kosten werden lokal gedeckt. Gebühren dürfen nicht erhoben werden. Benötigte Arbeitskräfte sind nur durch diesen Nachweis zu beziehen. — Umhauen ist verboten.

Die Gültigkeitsdauer des Tarifs ist auf 5 Jahre vorgesehen. Besonders hervorheben wollen wir noch die Bestimmung, in der es heißt:

Besondere Vereinbarungen über die Entlohnung, mit denen eine Umgehung des Tarifes herbeigeführt werden soll, sind dann unzulässig und als Tarifbruch zu betrachten, wenn der Tarif Bestimmungen über die Bezahlung der in Frage kommenden Arbeit enthält.

Der Affordtarif ist ebenfalls langandauernden Beratungen unterworfen gewesen. Notwendig hatten sich diese vor allem darum gemacht, weil es in bezug auf die Auslegung der einzelnen Affordpositionen oftmals zu größeren Differenzen gekommen ist, die eine genaue Durchsicht des Affordtarifs nach dieser Seite hin recht angebracht erscheinen ließen. Das ist geschehen und nicht wenige Positionen haben eine Abänderung, Ergänzung, präzisere Fassung usw. erfahren, so daß bei einer Berechnung auf Grund unserer Vorschläge ein gut Teil der seitherigen Mängelheiten ausgeschlossen sein dürften. Auch die Unternehmer haben sich ja mit einer derartigen genauen Durchsicht insofern bereits einverstanden erklärt — abgesehen von entsprechenden Erklärungen in Schiedsgerichtsungen usw. — als sie der Materialanmeldung der Werkmeister (siehe Nr. 4 der „Buchbinder-Zeitung“) zustimmten.

Das Buchbindergewerbe in Berlin, Leipzig und Stuttgart sah am 21. März überaus imposante Versammlungen. Im neuen Saale der „Neuen Welt“ in Berlin drängten sich an die 2000 Personen, darunter die Hälfte weibliche. Unter atemloser Stille nahmen sie das Referat des Kollegen Wienick entgegen, der die aufgestellten Forderungen bekanntgab und die Notwendigkeit derselben kurz begründete. Die lebhafteste Diskussion zeigte, daß die Berliner Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen sich einmütig hinter diese Forderungen stellten. Sie zeigte aber auch weiter, daß die Wünsche der Arbeiterschaft noch

weit über diese hinausgehen, daß sie sich aber mit dem begnügt, was gefordert wird, da sie vom sozialen Empfinden der Buchbinderzeitung erwarten, daß diese die aufgestellten Forderungen als berechtigt anerkennen werden. Ein Antrag fand einstimmige Annahme, der auf die Preise des jetzigen Berliner Sondertarifes 10 Proz. Aufschlag für Berlin fordert, wenn dieser Sondertarif in den allgemeinen Tarif aufgenommen wird. Die oben wiedergegebene Resolution fand ebenfalls einstimmige Annahme, und die von gutem Geiste besetzte Versammlung wurde mit einem begeisterten Hoch auf das Gelingen der Bewegung geschlossen.

In dem überfüllten Saale des „Albertgarten“ in Leipzig nahm unsere Leipziger Kollegenschaft Stellung zu dem Tarifablauf. In 3000 Personen, darunter 1000 Arbeiterinnen, füllte den weiten Raum. Erwartungsvolle Stille herrschte augenblicklich im Saale, als dem Referent der Tarifkommission das Wort erteilt wurde, der dann in großen Zügen auf die gewaltige Bedeutung der Bewegung für die Tarifstädte einging, die vorbereiteten Forderungen würdigte und namentlich dem ausgearbeiteten Vorwort zu einem eventuellen neuen Tarif die gebührende Aufmerksamkeit widmete. Die Diskussion gestaltete sich außerordentlich lebhaft. Kam auch abweichende Ansichten zum Ausdruck, so war doch die Versammlung ein Zeichen dafür, daß sich die Leipziger Kollegenschaft in den Grundzügen für die kommende Tarifbewegung einig war. Die Resolution fand auch hier einstimmige Annahme, und mit einem brausenden Hoch auf das Gelingen der Bewegung gingen die Versammlungsteilnehmer auseinander.

Auch Stuttgart sah eine großartige, imposante Versammlung. Gegen 800 Personen, davon 300 weibliche, waren zusammengekommen, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen. In der lebhaften Diskussion wurde vollste Einmütigkeit zum Ausdruck gebracht und die Resolution einstimmig angenommen.

So ist denn nun unsere Kollegenschaft der Tarifstädte in die Bewegung eingetreten, einmütig und geschlossen. Der Verlauf der Eröffnungsversammlungen hat gezeigt, daß auch die weiteren Maßnahmen in der gleichen Einmütigkeit und Geschlossenheit getroffen werden, und daß unsere Kollegenschaft den künftigen Ruf der Organisation willig folgen wird, eingebend des Wahrspruches:

In der Einigkeit ruht unsere Kraft!

Aus der Chronik der Klassenkämpfe. Freiheit und Frieden.

F. P. Freiheit und Frieden, das ist das Zauberwort der modernen Arbeiterbewegung, das alle Erfolge erklärt. Weil aber die Arbeiterbewegung ernsthaft und zielbewußt die Freiheit des Volkes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete anstrebt, weil die Arbeiterbewegung opferfreudig für den sozialen und nationalen Frieden der Völker eintritt, darum sehen die kapitalistischen und reaktionären Mächte ihre wirtschaftlichen und politischen Vorrechte ernstlich gefährdet. Sie treten der modernen Arbeiterbewegung mit Gewaltmitteln und -maßnahmen entgegen, um sie zu zerschlagen; sie arbeiten mit dem Mittel der Verleumdung, um das Volk davon abzuhalten, der Sache des Klassenbewußten Proletariats zu folgen. Darum geht der Weg zur Freiheit und zum Frieden durch die finstere Reaktion zum Licht der Aufklärung und Erkenntnis des Volkes, durch aufreibenden Klassenkampf zu den Höhen freien Menschentums. Und die Lösung: Für Freiheit und Frieden ist das Zauberwort, das zu immer neuen proletarischen Erfolgen im Klassenkampf führt.

Wieder sind der Reaktion empfindliche Verluste lediglich durch die Sozialdemokratie beigebracht worden, der das Vertrauen immer weiterer Volkskreise zuteil wird, trotz aller Verfolgung und Verleumdung, die sie erleiden muß. Durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Schmidt machte sich eine Nachwahl im bayerischen Wahlkreis Rempten-Zinnenstadt notwendig, die am 25. Februar stattfand. Es erhielten Stimmen: Antsrichter Emminger (Zentrum) 11 856; Dr. Thoma (liberal) 10 588; Kreinermeister Coelzer (Sozialdemokratie) 3800. Das wichtigste Ergebnis dieser Wahl ist das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenschaft, die sich gegen die Wahl von 1907 fast verdoppelte. Bei der Stichwahl hatte die Partei des arbeitenden Volkes den Ausschlag zu geben. Da das Zentrum einen sicheren Sitz gefährdet sah, versuchte es, einen Druck auf die Sozialdemokratie zu seinen Gunsten auszuüben. Der „Bayerische Kurier“ zum Beispiel schrieb:

„Das Eintreten der Sozialdemokratie für den liberalen Dr. Thoma hat natürlich schwere Konsequenzen für die Sozialdemokratie im Gefolge. Denn das Zentrum kann in Landau-Neustadt und Speyer-Ludwigs-hofen den sozialdemokratischen Mandatsinhaber werfen und auch in den rechtsrheinischen Wahlkreisen, München I usw., dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen auf Mandatswerb in den Spornstein schreiben kann.“

Wenn die Sozialdemokratie den Beschuldigungen des Zentrums nicht nachgab, so geschah es, weil sie keine Parteiinteressen, sondern Volksinteressen verfolgte. Sie gab die Parole für die Stichwahl gegen das Zentrum aus. In der Stichwahl, die am 7. März stattfand, erhielten Stimmen: Dr. Thoma (liberal) 14 286 und Emminger (Zentrum) 12 774.

Und abermals siegte die Partei des arbeitenden Volkes im Kampfe für Freiheit und Frieden gegen die finsternen Mächte der Reaktion. In dem durch den Tod des Antisemiten Köhler seines parlamentarischen Vertreters beraubten 1. hessischen Wahlkreis Sieben-Brüda fand am 10. März Ersatzwahl statt. Es erhielten Stimmen: Wedmann (Sozialdemokrat) 7976; Werner (Antisemit) 7958; Korell (Fortschrittliche Volkspartei) 5059; Gisebius (nationalliberal) 2516. Die Sozialdemokratie rückte an die erste Stelle und gewann gegen die Wahl von 1907, bei der sie 6396 Stimmen erhielt, 1580 Stimmen. Das ist abermals das wichtigste Ergebnis der letzten Reichstagswahl. Natürlich ist die Trauer und das Entsetzen der Reaktion groß, geht ihr doch aller Wahrscheinlichkeit nach auch dieser Kreis verloren, und zwar, was für sie noch schlimmer ist, an die verhasste und verfolgte Partei des arbeitenden Volkes. Als daher die hessischen Nationalliberalen Wiene machten, den Sturz des Antisemiten bei der Stichwahl durch Stimmenfreigabe herbeiführen zu helfen, da geriet die Reaktionspresse außer sich. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb sogar folgende Zeilen bleichen Schrezens und sinnloser Wut:

„Trotz aller Erfahrungen hätten wir einen derartigen Beschluß für schlechthin unmöglich gehalten. . . . Kommt es anderwärts zu ähnlichen Beschüssen, so scheidet die nationalliberale Partei aus dem Kreise der nationalen Parteien aus.“

Die Partei des arbeitenden Volkes hat bei einer neuerlichen Gelegenheit den Beweis erbracht, daß sie die Freiheit und den Frieden will. Am 16. März stellte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag im Reichstag:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, er möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus die Bereitwilligkeit zu Rüstungsbeschränkungen ausgesprochen haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebeuterechts herbeizuführen.“

Wie im Deutschen Reichstag, so waren es auch in der französischen Deputiertenkammer und im englischen Unterhaus die Vertreter des arbeitenden Volkes, waren es die Sozialdemokraten, die energisch für den die Freiheit und das Recht garantierenden Völkerfrieden eintreten. Der französische Sozialdemokrat stellte in der Deputiertenkammer gegen Ende Februar den Antrag:

„Die Kammer fordert die Regierung auf, mit den anderen Mächten, besonders mit Deutschland und England, Verhandlungen einzuleiten, die eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen zum Ziel haben, und inzwischener mit den Aufträgen zum Flottenbau zu warten.“

Die Regierung nahm den Antrag nicht an und gegen die erfreulich große Minderheit von 189 Stimmen wurde denn auch der sozialdemokratische Antrag mit 352 Stimmen abgelehnt. Sogleich sprach sich die Kammer für einen anderen Antrag aus, der die Regierung auffordert, die Frage der Rüstungsbeschränkungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Friedenskonferenz zu setzen. Dieser Antrag wurde mit 476 gegen 56 Stimmen angenommen. Das alles rechtfertigt die Worte Jaures in der „Humanité“: „Durch das Chaos von Dummheit, Gewalt und Wildentum geht langsam die Friedensidee ihren Weg.“

Auch im englischen Unterhaus fanden etwas später interessante und bedeutungsvolle Debatten statt, die sich um das Beitritts- und die Friedensfrage drehten. Es war der Vertreter der Sozialdemokratie Sir Hardie, der im Namen der Arbeiterpartei das unsinnige Beitritts- und die Friedensfrage drehten. Es war der Vertreter der Sozialdemokratie Sir Hardie, der im Namen der Arbeiterpartei das unsinnige Beitritts- und die Friedensfrage drehten. Es war der Vertreter der Sozialdemokratie Sir Hardie, der im Namen der Arbeiterpartei das unsinnige Beitritts- und die Friedensfrage drehten.

*) Diese Forderung hat sich unterdessen als trägerisch erwiesen, der Liberalismus versagte und schante das Mandat der Antisemiten zu.

die mit ihren 600 Parlamentsvertretern und über 9 Millionen Stimmen ein gewaltiger Friedensfaktor sei, mit dem der Militarismus in allen Staaten rechnen muß. Von großer Bedeutung waren auch die Ausführungen des Ministers des Außen, Sir Edward Grey, der zunächst betonte, daß die englischen Rüstungen im nächsten Jahre eingeschränkt werden, wenn die Rüstungen der fremden Staaten in den gegenwärtig beabsichtigten Grenzen bleiben. Die Beziehungen nach außen, auch zu Deutschland, seien durchaus freundschaftliche, es sei deshalb widersinnig, daß die Rüstungen trotzdem unaufhörlich steigen. Alsdann führte der Minister aus: „Es gäbe viele, die glauben, daß die Rüstungen schließlich zum Kriege führen müssen. Er aber meinte, daß diese unerträglichen Lasten eher zur inneren Revolution führen werden, zur Revolte der Massen gegen den ungeheuren Steuerdruck.“

Diese Ministerworte bekräftigen aufs schärfste, was die Vertreter des arbeitenden Volkes längst vorausgesehen haben. Sie richten sich aber vor allem gegen die bürgerlichen Parteien, die das unsinnige Beitritts- und die Friedensfrage drehten. Wenn der Führer des deutschen Nationalliberalismus im Reichstag jüngst erklären konnte, der Weltfriede ruhe auf den deutschen Bajonetten, so muß das deutsche Proletariat für die kommenden Reichstagswahlen und für spätere Kämpfe eine Antwort vorbereiten, die solche Dinge unmöglich macht. Da ist es sehr erfreulich, daß die Proletarierinnen sich darauf besinnen, den Klassenkampf des arbeitenden Volkes für Freiheit und Frieden aus ganzer Kraft zu fördern. In ganz Deutschland versammelten sich Frauen und Mädchen am Sonntag, den 19. März, um das Frauenwahlrecht zu fordern. Der unerfährliche Kapitalismus zwang die Proletarierinnen zu Frontdiensten und die kapitalistische Gesellschaft lastete ihnen Pflichten über Pflichten auf. Nun wollen sie auch das Recht, für die Freiheit und den Frieden kämpfen zu können, denn beides hatte man ihnen geraubt; nun fordern sie mehr, als der kapitalistische Raub ausmacht. Neue Erfolge erstehen dem proletarischen Klassenkampf, wenn auch die Proletarierinnen ihn allgemein aufnehmen: Darum, Ihr proletarischen Mädchen und Frauen, hinein in die Organisationen!

Auch hier war es die Partei des arbeitenden Volkes, die immer energisch die Rechte der Frauen vertreten hat. Die Führerin der liberalen Frauenbewegung, Marie Bismarck, sagt in einer vor kurzem erschienenen Broschüre, daß der 15. Mai 1908, der Tag des Inkrafttretens des neuen Vereinsgesetzes, auch für den Mann den Anfang einer neuen Epoche bedeutet, und sie stellt fest, daß für das Frauenrecht „die Sozialdemokratie bahnbrechend vorangeschritten ist.“

Proletarierinnen, sorgt dafür, daß der Erfolg nicht ausbleibt!

Liebe Kollegin!

Ganz gewiß kannst Du Dich noch an Deine Kinderzeit erinnern. Sei es nun eine Puppe, ein Pferd, ein Stück Holz, oder — nun, was hat wohl ein kleines Mädchen gern, etwas gab es, was Du mit ganz besonderer Liebe in Dein Herz geschlossen. Du kamst in die Schule und lernstest lesen, mit vieler Mühe vielleicht, denke an die ersten mühseligen Buchstaben. Doch hast Du schließlich auch diese Schwierigkeit überwunden. Sicher hattest Du ein Märchenbuch. Du verstehst mich, liebe Kollegin, gerade an die Märchen möchte ich Dich erinnern. An Dornröschen vielleicht, an Brüderchen und Schwesterchen, oder welches war sonst Dein Liebstes? Weißt Du noch die Geschichte von dem verwunschenen Prinz? Warst Du nicht auch böse auf den alten häßlichen Zwerg, der den wunderschönen Prinzen in einen zottigen Wären verwandelte? Ach, und als dann ein braves, fleißiges Mädchen den Zauber brach, und der Brummbar ein schöner Jüngling, ein Prinz ward? — Hast Du kleines, phantastisches Mädel da nicht geseht? Schlich sich nicht ganz leise in Dich der glühende Wunsch ein, auch einmal so etwas zu erleben? Na, und wenn es auch gerade kein Prinz war, aber die Hoffnung nährtest Du, zwar Dir selbst fast unbewußt, daß einmal irgend etwas Besonderes geschähe, das Deinem Leben Bedeutung gäbe. Du kamst aus der Schule und hattest vorläufig mit all den schönen Kinderträumereien abgezogen. An was denkst wohl ein der Schule kaum erwachsenes Mädchen. Es gibt sich Mühe, ein Fräulein zu werden. Alles in allem ist es eine ziemlich harmlose Zeit. Bald aber erwacht in Dir der Drang zum Leben. Du versuchst, Deinen bisher schlummernden Gedanken und Wünschen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Du bist noch jung, doch hast Du, je nach Deiner Veranlagung, Erfahrungen ge-

fammelt. Ist Dein Naturell gesund und fröhlich, so wirst Du Dir nicht allzubiel trübe Stunden machen; Du schließt Dich Deinen Kameradinnen an, lüßt was ihnen Freude macht und bist zufrieden mit Deinem Leben. Doch einmal wird auch diese Zeit zu Ende gehen. Es wird eine oder werden viele Enttäuschungen sein, die Dir den Ernst des Lebens vor Augen führen. Ist Deine Denkwiese gesund, so wird Dir jede Enttäuschung zugleich Gewinn bringen, indem sie Dich fähigt, Deine Energie erweckt und Dich zum klaren Denken führt. — Zugleich wird in Dir das Sehnen erwachen, einen Menschen zu finden, der außerhalb Deines einfürmigen Lebens steht, an den Du glauben kannst, den Du liebst, und der Deinem Leben den ersehnten, schöneren Inhalt gibt.

Dein Kindestraum erwacht. . . .

Du arbeitest mit Frauen, Du teilst mit denen so viel Gemeinames; sie sind jung gewesen, wie Du es bist, auch sie traten mit guten Vorzügen, mit schönen Zukunftshoffnungen in den Ehestand. Und nun? Sieht man es den verhärmten Gesichtern noch an? Mit nur wenig Ausnahmen werden sie Dir versichern, daß sie heute anders handeln würden. Sie erzählen Dir, und Dir wird bangen. Wird auch Dich daselbe kummerbolle Los treffen?

Ich nehme an, daß Du längst aufgehört hast, in den Kreisen der Wohlhabenden nach einem Lebensgefährten zu suchen. Die wollen nur Dein Geschlecht, Du selbst bist ihnen gleichgültig, für Deine Gleichberechtigungsideen haben diese nur ein nachsichtig-spöttisches Lächeln. Laß ab von denen und sieh Dich in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft um. Sie kämpfen mit Dir um gleiche Ziele.

Doch sag, gehörst auch Du zu den Kämpfenden?

Gaß Du Deine Kraft schon erprobt?

Entschuldige Dich nicht, indem Du sagst, daß Du dies nicht könntest. Ein jeder kann helfen, wenn er nur will, er nützt sich will. Deine größte Aufgabe muß es sein, Dich selbst auszubilden. Halte die Augen offen und lerne klar sehen, schau in das Leben, wie es ist, siehe es ohne Illusionen an, und Du wirst fetter enttäuscht werden; verlange von Dir selbst das Schwere von Deinen Mitmenschen nicht mehr, als Du selbst zu leisten imstande bist.

Dies die Zeitung, die Deine Interessen vertritt. Gehe in Vorträge, die der Verband, die Arbeiterschaft abhalten. Laß Dich nicht abschrecken, dem Verband treu zu bleiben, für den Verband einzutreten, auch wenn Dir manches unklar oder unrecht erscheint. Du selbst bist der Verband, was Unrichtiges getan wird nach Deiner Auffassung, ist auch Deine Schuld. Kümmere Dich um alles, Du lernst überall, wenn Dir es darum zu tun ist. Schmähe nicht Deine Kolleginnen, die Dich aus Deiner Bequemlichkeit aufzurichten und Dich unbedröffen immer und immer wieder auffordern, in die Versammlung zu gehen. Ist eine Kollegin befähigt wie Du, so erschwere ihr nicht das Fortkommen durch Gleichgültigkeit. Auf Dir lastet der gewaltige, fürchterliche Vorwurf einer kommenden Generation, vielleicht Deines eigenen Kindes; nicht allein, daß Du nicht mitgeholfen hast, an der Verbesserung unserer Verhältnisse, sondern auch, daß Du die Bewegung aufgehalten hast. Und soviel Verantwortung willst Du doch nicht auf Dich nehmen. Wir wollen keine Tragedie und Laugnisse werden, sondern frohschaffende, gesunde Menschen. Denke noch einmal an Deinen Kindestraum, es ist der Traum der ganzen mit Dir leidenden und sehnenben Menschheit, komm und hilf ihn zu erfüllen.

Elisabeth Babst.

Jahresbericht vom Gau 17.

Ein Jahr, reich an Arbeit! Aber wie jede mit Energie und Kraft durchgeführte ernste Arbeit ihre Erfolge zeitigt, so kann man auch hier sagen: Unsere Arbeit war von Erfolg! Nicht nur in München, wo wir in diesem Jahr mit einer in jeder Hinsicht erfolgreichen Lohnbewegung gut abgeschnitten haben, auch in den beiden Pflanzstätten Augsburg und Kaufbeuren wurden neue Tarifverträge abgeschlossen resp. diese erneuert.

Die vom Gauvorstand ausgesandten statistischen Fragebogen an die Einzelmitglieder sowie an mehrere Kartellvorstände in Orten, wo wir keine Verbindung hatten, ließen zu wünschen übrig, indem dieselben teilweise unvollständig ausgefüllt waren oder gar nicht zurückgeschickt wurden. Sie zeigten jedoch, daß auch im Gau 17 noch erhebliche Arbeit zu leisten ist.

Die in München im verfloffenen Jahr durchgeführten Lohnbewegungen sind schon in Nummer 1 der „Buchbinder-Zeitung“ vom laufenden Jahr behandelt, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle näher darauf einzugehen.

Gaben wir in München gute Erfolge erzielt, so kann daselbe von Kaufbeuren ebenfalls berichtet werden, der am 1. April ablaufende Tarif wurde gemeinsam von allen drei in Betracht kommenden Organisationen am 1. Januar gekündigt, die neu aufgestellten Forderungen wurden in 2/4-

tägigen Verhandlungen zum größten Teil bewilligt und ein auf weitere 2 Jahre laufender Tarif abgeschlossen, derselbe brachte in der Hauptsache Verbesserungen in bezug auf Lohnzulagen, Urlaubsgewährung, Feiertagsbezahlung usw. Die Kaufbeurer Kollegenschaft kann mit diesem neuen Erfolg zufrieden sein, es wäre nur zu wünschen, daß die dortigen Kollegen und Kolleginnen die ruhige Zeit während der Tarifdauer besser wie bisher zu ihrem eigenen Vorteil ausnützen würden.

Die Pflanzstätte Augsburg hat im Berichtsjahr bewiesen, daß die dortigen Kollegen allen Ernstes gewillt sind, sich der Neuzeit anzupassen und auch in dem Eldorado der Schwarzen und Gelben für sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erziehen suchen. Konnte doch mit der dortigen Zwangs-Zinnung nach allerdings langwierigen Verhandlungen ein auf 3 Jahre laufender Tarifvertrag abgeschlossen werden, welcher in die zum Teil noch ganz traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kleinbetrieben Veränderungen brachte, die ganz erheblicher Natur sind, so Festsetzung eines Minimallohnes für Gehilfen und Mädchen, durch welchen Aufbesserungen von 2 bis 4 Mk. erfolgten, sowie für die schon über dem Minimallohn stehenden Gehilfen von 1,50 Mk. bis 2,50 Mk. pro Woche, Verkürzung der Arbeitszeit von 1/4 bis 2/4, ja bis 4 Stunden täglich. Betrug doch die Arbeitszeit vor dem Tarifabschluß 10 bis 12 Stunden in einzelnen Fällen sogar noch 14 Stunden und jetzt laut Tarif 9 1/2 Stunden; des weiteren Prozentzuschläge für Ueberstunden, Regelung des Lehrlingswesens und Sonstiges. Gewiß eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft, wenn man bedenkt, daß zum großen Teil noch Löhne von 11 bis 14 Mk. bezahlt wurden. Mit einer lithographischen Pflanzstätte, mit welcher wir bisher schon im Tarifverhältnis standen, konnte am 5. Oktober, diesmal gemeinsam mit dem Hilfspersonal, ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden, welcher unseren Kollegen ebenfalls ganz erhebliche Vorteile brachte, wie Erhöhung des Wochenlohnes von 18 auf 22 Mk. und von 20 auf 22 resp. 23 Mk., sowie von bisher 22 auf 26 Mk., Gewährung von Urlaub, Regelung der Prozente für Ueberstunden, Anerkennung des Arbeitsnachweises und so weiter. Der Tarif ist ab 1. Januar auf 2 1/2 Jahre abgeschlossen. Durch rastlose Arbeit und guten Zusammenhalt wird es auch in Augsburg möglich sein, die noch sehr der Verbesserung bedürftigen wirtschaftlichen Verhältnisse eines großen Teiles unserer dortigen Berufsangehörigen zu heben.

Nach zu erwähnen wäre eine Art Lohnbewegung, allerdings ganz eigener Natur, in Straubing (Niederbayern). Ohne den Gauvorstand zu benachrichtigen, stellten die dortigen 7 Kollegen, welche bei uns, bei den Christlichen sowie gar nicht organisiert waren, Forderungen auf und ließen dieselben von einem unorganisierten Kollegen vertreten! Dem betreffenden Kollegen wurde sofort gekündigt und die Bewegung hatte ihr Ende erreicht, weil bei den anderen das Rückgrat fehlte. So geht es aber, wenn die Funktionen des Verbandes nicht rechtzeitig, auch oft gar nicht benachrichtigt werden von solch wichtigen Angelegenheiten.

Wenn man sich auch mit den erzielten Erfolgen für das verfloffene Jahr im allgemeinen zufrieden geben kann, so zeigt doch die rege Korrespondenz mit den Einzelmitgliedern sowie die Statistik, daß noch manches zu geschehen hat, um nicht nur die uns noch fernstehenden in den kleineren Provinzstädten für uns zu gewinnen, sondern auch danach zu trachten, allmählich den Kollegen draußen in der Provinz bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, damit auch diese in die Lage versetzt werden, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können.

München.

Friedr. Kienle.

Internationales.

Ungarn. Generalversammlung des ungarischen Buchbinderverbandes. Den Verbandstag der ungarischen Kollegen darf man sich nicht nach deutschem Muster vorstellen, denn die Teilnahme an demselben beruht nicht auf dem Delegiertensystem, sondern auf der Mitgliedschaft; wenigstens soweit die Hauptstadt Budapest in Betracht kommt. Denn alle Mitglieder der Verwaltungsstelle Budapest besitzen das Recht zur Teilnahme, während die Ortsgruppen in der Provinz je einen Delegierten auf Verbandskosten entsenden können, der soviel Stimmen vertritt, als Mitglieder an dem betreffenden Orte vorhanden sind. Zwar ist schon vor zirka zwei Jahren ein Statutenentwurf an die Regierung eingereicht worden, der das reine Delegiertensystem vorsieht, aber der liegt noch immer wohlverwahrt in den Akten des Ministeriums. Denn in allen Arbeiterangelegenheiten „arbeitet“ man in Ungarns Ministerien langsam, aber sicher, und es soll durchaus keine Seltenheit

sein, dass derartige Eingaben 10, ja sogar 15 Jahre lang unter dem Aktenstaub ruhen. Unsere ungarischen Kollegen müssen sich also in Geduld fassen.

Am 12. März fand die Generalversammlung statt, in der die Wahlen des Verbandsvorstandes vorgenommen wurden, die eine lebhafteste Agitation für und gegen den bisherigen Vorstand zeitigten. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Nach diesem fanden an Lohnbewegungen statt in Budapest die der Kartonnagenarbeiter, die nach 14tägigem Streik mit einem Sieg der Arbeiterschaft und einem dementsprechenden Tarifabschluss endigte. Hieran waren 340 Arbeiterinnen beteiligt. Auch die Kuvertarbeiterinnen, 180 an der Zahl, vermochten ohne Streik eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die Bezahlung der Feiertage durchzusetzen. Der für Buchbinder und Linierer gültige Tarif, der am 1. Oktober abließ, konnte nach dreitägigem partiellen Streik mit einer 13prozentigen Lohnerhöhung und einer Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden wöchentlich erneuert werden. Gerade bei dieser Lohnbewegung war äußerster Vorsicht geboten, weil die Arbeitgeber mit den Buchdruckereibesitzern usw. in einem graphischen Verbandsverbande organisiert sind, dem 90 Proz. aller Betriebe angehören. In der Provinz regten sich gleichzeitig die Kollegen, indem sie in Arad, Temesvar, Szegedin, Raab, Szekszard und Fiume Lohnbewegungen durchführten, die in den beiden letzteren Orten zu langwierigen Streiks führten. Doch konnte überall der wesentlichste Teil der Forderungen durchgesetzt werden.

Trotz der mit den Lohnbewegungen verbundenen, nicht unbedeutlichen Ausgaben schloss die Verbandskasse mit einem Ueberschuss von 7500 Kr. ab. Das ist zum nicht geringen Teil auf die sehr erfreuliche Zunahme von 118 männlichen und 420 weiblichen Mitgliedern im Berichtsjahr zurückzuführen. Der Mitgliederbestand stieg auf 3065. Hiervon zählt die Hauptstadt Budapest allein 2767 Mitglieder. Dass die Provinz so wenig Mitglieder (298) aufzuweisen hat, liegt an den kulturell rückständigen ungarischen Verhältnissen, da infolge der vielen Analphabeten die Buchbinderei sich nur schwer entwickeln kann.

Die Arbeitsvermittlung liegt fast ausschliesslich in den Händen des Buchbinderverbandes; er konnte von den 851 offenen Stellen für Gehilfen 713 und für weibliche Mitglieder von 1688 offenen Stellen 1361 vermitteln. Umschauen ist für die Mitglieder verboten.

An Unterstützungen wurden 20 705 Kr. ausgezahlt.

Trotz der gewiss nicht unerheblichen Erfolge machte sich in der Generalversammlung seitens der Budapester Kollegen eine sehr lebhafteste Opposition gegen die Verbandsleitung geltend, weil man annahm, es hätte bei einem Streik in Budapest mehr für die Buchbinder und Linierer herausgeholt werden können. Dieser Opposition fiel der Kollege Buchinger, der ungarische Parteisekretär, zum Opfer, woraus bürgerliche Sensationsblätter eine Rebellion gegen die Parteileitung machten, indem sie zugleich daraus den Schluss zogen, „die Buchbinder hätten sich von der sozialdemokratischen Partei losgerissen“. Das war aber durchaus nicht der Fall, denn die Buchbinder zahlen nach wie vor ihre Beiträge an die Partei weiter, und am nächsten Tage, wo nur die Werkstatt- und Provinzdelegierten an der Generalversammlung teilnahmen, wurde sogar Buchinger in den Aktionsausschuss, einer neben der Verbandsleitung funktionierenden Körperschaft, die sich hauptsächlich mit den Lohnbewegungen zu befassen hat, wiedergewählt. Mit der Opposition im Zusammenhang stand der Ausschluss von etwa 50 Mitgliedern, die sich geweigert hatten, Parteibeiträge zu entrichten, die von der Generalversammlung wieder aufgenommen wurden; allerdings unter Verlust ihrer vorher erworbenen Mitgliedsrechte. Dieser innige Kontakt zwischen Gewerkschaft und Partei erklärt sich aus den besonderen ungarischen Verhältnissen, die es sehr schwierig machen, eigene Parteioorganisationen zu gründen. Bemerkenswert hier werden, dass Partei und Gewerkschaften Ungarns ein eigenes grosses Haus mit grosser Druckerei und Buchhandlung besitzen.

Als Internationaler Sekretär und Vertreter des Deutschen Buchbinderverbandes nahm Kollege Kloth an der Generalversammlung teil, und war die Aufnahme desselben seitens der ungarischen Kollegen eine überaus herzliche und gastfreundliche. Dasselbe kann in bezug auf den Vorsitzenden des österreichischen Verbandes, dem Kollegen Grünwald-Wien, gesagt werden, welcher gleichfalls an der Generalversammlung teilnahm.

Die sprachliche Verständigung mit den ungarischen Kollegen war keine schwierige, weil ein

gut Teil von letzteren deutsch verstehen und sprechen. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass in manchen ungarischen Landesteilen in früheren Jahrhunderten eine deutsche Einwanderung stattgefunden hat und die Eingewanderten ihre Muttersprache beibehalten haben. Zum Beispiel ist der Ofener Teil der Doppelstadt Ofen-Pest jetzt noch überwiegend deutsch bzw. schwäbisch, und es tutet einem ganz heimlich an, wenn man dort den gemütlichen schwäbischen Dialekt in voller Reinheit erklingen hört. Des weiteren findet auch ein reger Wanderverkehr ungarischer Kollegen nach Deutschland statt, die später vielfach nach Ungarn zurückkehren. Kollege Kloth konnte daher mehr als einen Kollegen begrüßen, der ihm von Deutschland her bekannt war.

Die ungarischen Kollegen sind prozentual vorzüglich organisiert — in Budapest zirka 98 Prozent —, und man kann daher wohl erwarten, dass die vielen Wünsche, welche auf der Generalversammlung auf ein ferneres Gedeihen des ungarischen Verbandes erklangen, wohl in Erfüllung gehen werden, was wir von Herzen wünschen. Den Wünschen auf ein ferneres Blühen und Gedeihen des ungarischen Verbandes zum Heile der internationalen Buchbinderbewegung gab auch Kollege Kloth, zugleich im Namen des kurz vorher abgereisten Kollegen Grünwald, Ausdruck, als er in einem mit begeisterten Elfenrufen aufgenommenen Schlusswort am Ausgang der Generalversammlung sich von den ungarischen Kollegen und Kolleginnen verabschiedete. E. K.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

Deutschland:

- Eisenberg (Stuisarbeiter);
- Hannover (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter, Portefeuille und Arbeiterinnen);
- Kathenow (Stuisarbeiter).

In den vorgenannten Orten wird Reiseunterstützung bis auf weiteres nicht ausgezahlt.

Finnland:

(Für alle Branchen.)

Oesterreich:

- Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Olmutz (die Firma Kullis);
- Tetschen-Bodenbach (die Firma F. W. Stopp);
- Wärnsdorf (die Firma Dpiq).

Schweiz:

- Arbon (die Firma A. B. Seine, Stickeriegeschäft);
- Korrichach (die Firma Feldmühle, Stickeriegeschäft);
- Zürich (die Firmen Paul Carpentiers Söhne, Geschäftsbücherfabrik; G. Wolfensberger und G. Brieger u. Cie., Kartonnagenfabrik).

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach dem Gau 13, Pöfen und Langensalza, Stuisarbeiter nach Hanau bei den Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Langensalza. Ueber den Zustand bei dem Zwischenmeister Eckardt der Firma Wobusch ist zu berichten, daß Versuche zur Herbeiführung von Verhandlungen zu keinem Erfolge führten. Eine für den 12. März festgelegte Unterhandlung kam nicht zustande, da der Zwischenmeister Eckardt durch seine Frau dem Gauvorsitzenden Thiele-Erfurt mitteilen ließ, daß er überhaupt nicht zu sprechen sei. Wir ersuchen darum unsere Mitglieder, nach wie vor diesen Betrieb zu meiden.

Hanau. Nachdem unsere Lohnbewegung in der Stuisbranche mit gutem Erfolge beendet ist, kommen jetzt nach kaum einem halben Jahre die Nachwehen. Das heißt unsere Herren Arbeitgeber suchen auf alle mögliche Art und Weise die gemachten Zugeständnisse illusorisch zu machen. Ganz besonders trübt das auf die allseits bestbekannte Firma Jch u. Schien zu. Als vor Weihnachten Ueberstunden gemacht werden mußten, da war es der junge Herr Jch, der mit Argusaugen wacht, daß ja kein Kollege eine Minute

zu spät kam und als ein Kollege einmal Samstag die Ueberstunden bezweigte, einen Kadau machte, daß man sich fast auf den Kaiserhof besetzt fühlte. Jetzt ist es allerdings anders. Am 24. Dezember wurde einfach 5 Minuten vor Feierabend gesagt, die ledigen Arbeiter brauchen erst am 2. Januar wieder zu kommen und die verheirateten arbeiten bis dahin 7 Stunden. Wenn wir nun auch wissen, daß naturgemäß gleich nach Weihnachten die Arbeit etwas stotzte, so verdient doch das rigorose und gegen den klaren Wortlaut unserer Vereinbarung verstoßende Vorgehen der Firma angegelt zu werden. Vier Wochen arbeiteten nun alle Kollegen täglich 7 Stunden und dann eine Woche wieder voll, um einer 4 1/2 stündigen Arbeitszeit für ledige Kollegen und einer 8 stündigen für verheiratete Platz zu machen. Nachdem sich die ledigen Kollegen gegen eine bezartige Verteilung der Arbeitszeit gewehrt und um Abstellung ersucht hatten, erfolgte prompt die Kündigung von 7 Kollegen. Trotzdem aber gibt die Firma, was früher nie der Fall war, eine ungeheure Menge Heimarbeit aus, angeblich, weil die Arbeit nicht im Geschäft gemacht werden kann. Alle diese Vorkommnisse beantragten uns zur Stellungnahme in einer Leiber, gerade von den daran Beteiligten sehr mächtig besuchten Versammlung. Und hier kam es zur Aussprache, daß es der Firma Jch u. Schien wohl nur darum zu tun sein wird, auf den diesjährigen Verbandstag der Stuisfabrikanten hier in Hanau sagen zu können: „Wir haben im vergangenen Jahr die Forderungen der Arbeiter bewilligt, weil wir mußten, aber sehen Sie, auf seine Art und Weise haben wir alles wieder wettgemacht.“

Uegen diese Machinationen können sich die Kollegen nur wehren, wenn sie fest und treu zum Verband stehen und einerlei, ob ledig oder verheiratet, unter dem Druck der Verhältnisse stehen wie ein Mann im Kampfe um unsere Vereinbarung. Ferner wurde noch beschlossen, das Verhalten der Herren Inhaber der Firma Jch u. Schien, die als „liberal“, ja sogar als „freisinnig“ bekannt sind, der Öffentlichkeit zu übergeben, ganz besonders aber die Eltern, welche ihre Kinder der Stuisbranche zuführen wollen, auf diese Mißstände aufmerksam machen. An alle Kollegen, ganz besonders an diejenigen, welche regelmäßig die Versammlungen schwänden, richten wir das dringende Ersuchen, mehr als bisher sich um das Verbandsleben zu kümmern und einig und geschlossen für die mit Mühe und Not eroberte Vereinbarung einzutreten.

Kottbus. In der Nacht zum 12. März ist ein bisher noch nicht ermittelter Dieb in die Kontorräume der Buchruderei und Buchbinderei Mahn u. Co. eingedrungen und hat hier Invaliditätskarten, ausgestellt auf August Schwab, Paul Schellnid, Paul Schöber, Willy Reigner und Herbert Krawitz, sowie Quittungskarten der hiesigen Vereinigten Ortskrankenkasse, ausgestellt auf Alfred Müller, Johannes Schimmel und Konrad Roeske, mitgenommen. Schellnid, Schöber, Schimmel und Roeske sind Verbandsmitglieder. Wir bitten um Beachtung, falls mit deren Legitimationspapiere Mißbrauch getrieben werden sollte.

Bielefeld. Endlich ist es den vereinten Gewerkschaften gelungen, für ihre durchreisenden Mitglieder durch Schaffung einer Zentralherberge bessere Verhältnisse zu schaffen als wie sie bisher bestanden. Jetzt ist die neue Herberge, Geesperstraße 52, beim Wirt Freese eröffnet. Wir machen hiermit unsere reisenden Kollegen darauf aufmerksam. Reiseunterstützung wird vorläufig noch unter alter Adresse ausgezahlt.

Stuttgart. (Berichtigung.) In dem in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Versammlungsbericht aus Stuttgart ist infolge falscher Auffassung des Berichterstatters eine Unrichtigkeit enthalten. Es haben nicht 19 vereinigte Buchbindereibesitzer bei der Vergabe der städtischen Arbeiten submittiert, sondern 20 vereinigte Buchbindermeister mit Labengeldern. Aus dieser Feststellung ergibt sich von selbst, daß die Firma G. Koch nicht submittiert hat, was wir auf Wunsch hiermit gerne richtigstellen.

Rundschau.

Warnung. In Brandenburg ist ein Buchbinder Erich Frohbarth, geboren am 27. Juli 1885 in Braunschweig, nach Hinterlassung von rund 10 Mf. Bergeschulden verhaftet. Trotzdem Fr. eine Mitgliedskarte unseres Verbandes hatte, hat er sich nicht bei unserer Zahlstelle angemeldet. Wir warnen hierdurch vor ihm, da anzunehmen ist, daß er anderwärts die gleichen Schwindeleien verüben wird.

Sammlungen für Reichstagswahl und Matfeierfonds. Eine ausgesprochene Flegelci des „Stettiner Volksboten“ zwingt uns, nochmals auf unsern Artikel in Nummer 11 der „Buchbinder-Zeitung“, der sich unter obiger Schmachmarke mit den Samm-

lungen für Reichstagswahl und Matfeierfonds befaßte, Bezug zu nehmen. Unter dem Einfluß des absoluten Mangels an Kenntnissen in praktischer gewerkschaftlicher Arbeiten vertritt sich das genannte Organ unter der mit Vorbedacht gewählten flegehaften Ueberschrift: „Gewerkschaftliche Neutralitätsfakten“ zu folgenden Ausführungen:

Der Beschluß der Stettiner Gewerkschaftsvorstandskonferenz, welche die Vorstände verpflichtet, in ihren Organisationen dahin zu wirken, daß zur Anammlung eines Wahlfonds von den Mitgliedern der Organisation ein Beitrag von 50 Pf. geleistet werde, hat den bestigsten Unwillen der „Buchbinderzeitung“ erregt. Die „Buchbinderzeitung“ ist allerdings nicht etwa das Organ eines Arbeitgeberverbandes, sondern das Verbandsorgan des deutschen Buchbinderverbandes. Sie wendet sich also nicht in böser Absicht gegen den Beschluß der Vorstandskonferenz, sondern aus Unverständnis, wobei wir allerdings bemerken müssen, daß solches die Redaktion eines Arbeiterblattes nicht entschuldigt, zum mindesten dann nicht, wenn man sich erbeizet, anderen Leuten, die von der Arbeiterbewegung auch etwas verstehen, wohlfeile Lehren zu erteilen.

Hierauf gibt das Blatt aus unserem Artikel den fünften Absatz wieder, der mit den Worten „Das Stettiner Gewerkschaftsblatt“ beginnt und mit den Worten endet: „unsern Mitgliedern unbenommen“ und fügt dem hinzu:

Die formale gewerkschaftliche Neutralität ist anscheinend für die „Buchbinderzeitung“ ein Fetisch geworden, dem sie alle gesunde Ueberlegung opferi und deswegen überschreitet sie ihre Befugnisse, indem sie sich um Dinge kümmert, von denen sie nichts versteht. Wenn es richtig wäre, daß „in gewerkschaftlichen Institutionen auch nur für gewerkschaftliche Zwecke Sammlungen veranstaltet und Beiträge laffert“ werden dürfen, dann dürfte z. B. die „Buchbinderzeitung“ keine Agitation für die Einführung einer Invalidenunterstützung im Buchbinderverband entfalten, denn die letztere ist eine soziale, aber keineswegs gewerkschaftliche Aufgabe, nicht der Gewerkschaft nichts in ihren Kämpfen, weil der Invalide aus dem Produktionsprozeß bereits ausgemustert ist und an dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr teilnehmen kann. Nur als untergeordnetes Agitations-Lodmittel kann dieser Unterstützungszweck für die Gewerkschaften Bedeutung haben. Aber wie in diesem Falle, als in vielen anderen, gewerkschaftliche und soziale Aufgaben sich organisch verschmelzen, so auch gewerkschaftliche und politische. Auch die Unterstüßung der Sozialdemokratie bei der nächsten Reichstagswahl gehört zu diesen Aufgaben, die sich von den rein gewerkschaftlichen nicht trennen lassen. Ohne eine starke politische Bewegung ist eine gleichartige gewerkschaftliche in Preußen-Deutschland unentbar. Die eine braucht die andere. Manseßel, Moabit und andere Fälle beweisen, wie sehr gerade die Gewerkschaften eine starke sozialdemokratische Parlamentsfraktion bedürfen, um sich die bescheidenste Bewegungsfreiheit zu erkämpfen oder die jetzige zu erhalten. Die Unternehmer wissen, was eine starke politische Vertretung für ihre wirtschaftlichen Kampforganisationen bedeutet, deshalb haben sie sich ihren „Juliussturm“ geschaffen und sind dem Ganzen beigetreten. Die „Buchbinderzeitung“ braucht anscheinend nicht zu wissen, aus welchen Gründen die Unternehmer derart handeln. Jeder einfache organisierte Arbeiter aber hat eingesehen, daß es eine Existenzfrage für die Gewerkschaften ist, sich durch eine starke Arbeiterpartei einen ausreichenden politischen Einfluß zu sichern. Deshalb hat auch die Stettiner Gewerkschaftsvorstandskonferenz die Sammlung des Wahlfonds beschlossen: Nicht um eine Partei zu stützen, sondern den Gewerkschaften zu nützen, in Verfolg gewerkschaftlicher Interessen!

Man wäre geneigt, diesen Ausfluß maßlosen Eigendünkels des „Stettiner Volksboten“ damit abzutun, daß man ihn einfach niedriger hängt, wenn nicht die Charakterveranlagung des „Volksboten“ ein solches abgekürztes Verfahren als nicht raffam erscheinen ließe. Bemerkenswert ist, daß der „Stettiner Volksbote“ aus unserem Artikel nur den einen Absatz zitierte. Das wird verständlich, denn die ganze funktvoll aufgebaute Entwürfung des „Stettiner Volksboten“ wäre gar nicht am Platze, wenn er auch von dem übrigen Teile des Artikels Kenntnis genommen hätte. Da es aber dem „Volksboten“ gerade darauf ankam, der „Buchbinder-Zeitung“ eins auszuwichen, deshalb seht er sich über den ganzen ersten Teil unseres Artikels mit kühnem Luftsprung hinweg, und er biß sich da fest, wo er glaubte, seiner Sache am besten zu dienen. Die Vergangenheit lehrt es!

Doch man mißverstehe den Ausdruck „Sache“ nicht. Dem „Stettiner Volksboten“ ist es nämlich durchaus gar nicht um die Sache zu tun, ihm geht es um etwas anderes. Dies geht daraus hervor, daß er in seiner ganzen Replik immer nur von der „Buchbinder-Zeitung“ redet, den Beschluß des Vorstandes des Buchbinder-Verbandes, der doch dabei das wesentlichste Moment ist, recht artig ignoriert. Zwei Flegeln gedeiht er dabei mit einer Klappe zu

schlagen, er übersteht nur, daß er dabei auch sehr leicht zwischen zwei Stühlen sitzen kann.

Was der „Stettiner Volksbote“ von unserer Invalidenunterstützung redet, ist blanke Lüge, über den wir uns mit ihm nicht nochmals zu unterhalten brauchen. Es ist außerdem auch hinfällig durch das Abstimmungsresultat über die Einführung derselben in unserem Verband. Da, wo der „Stettiner Volksbote“ Einfluß auf unsere Kollegenchaft auszuüben in der Lage ist, in unserer Zahlstille Stettin und in unserem Gau 3, da stimmten von 58 Abstimmenden 50 für und nur 8 gegen diesen Unterstützungsantrag. Es mag für den „Volksboten“ bitter sein, auf solche Art zu erfahren, daß er von den Bedürfnissen des in praktischen Arbeiten sich betätigenden Gewerkschafters nichts versteht; das hindert ihn aber nicht — wie Figura zeigt —, die eckhafteste Ueberhebung an den Tag zu legen, zu der gerade der „Stettiner Volksbote“ die allerniedrigste Ursache hat. Er mag ruhig seine Finger von diesen Dingen lassen. Aber so sind es Helden; auf der einen Seite recht aufblasen, imponieren wollen mit radikalen Phrasen, und wenn sie praktische gewerkschaftliche Arbeit leisten sollen, dann sind es Kulpeln. Was gerade in diesem Falle zu beweisen ist!

+ **Kein Recht der Unfallverletzten auf Weiterbeschäftigung.** Häufig hört man die Ansicht vertreten, daß der Arbeitgeber gegenüber den in seinem Betriebe verunglückten Arbeitern und Arbeiterinnen eine gewisse Verpflichtung habe, sie weiter zu beschäftigen, wenn kein besonderer Entlassungsgrund gegen sie vorliegt. Diese Ansicht ist jedoch eine durchaus irrige. Eine solche Verpflichtung besteht nicht. Ganz gleich, ob der Arbeitgeber ein direktes oder indirektes Verschulden an dem Unfall hat oder ganz schuldlos daran ist, hat er jederzeit das gesetzliche Recht, den Verletzten ohne Angabe von Gründen zu entlassen.

Hygiene-Ausstellung in Dresden. Die bekannten Vorgänge, die die Gewerkschaften veranlaßten, sich von der Ausstellung zurückzuziehen, welchem Vorgehen dann die Konsumvereine folgten, haben jetzt auch den Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bund zu dem gleichen Beschluß Veranlassung gegeben. Es war diesem weitgehendste Berücksichtigung in der Sonder-Abteilung „Alkoholismus“ zugesagt worden, doch verzichtete der Bund auf die Beteiligung, um seine Solidarität mit den Gewerkschaften darzutun.

Gewerkschaftliche Verbandstage und Kongresse 1911. Zimmerer am 3. April in Leipzig. Schiffszimmerer am 7. Mai in Berlin. Maler und Lackierer am 8. Mai in München. Leberarbeiter am 14. Mai in München. Buchdrucker am 15. Mai in Hannover. Bergarbeiter am 21. Mai in Bochum. Glasarbeiter am 22. Mai in Jümenau. Blumenarbeiter am 25. Mai in Berlin. Metallarbeiter am 5. Juni in Mannheim. Gewerkschaftskongress am 26. Juni in Dresden. Lagerhalter am 9. Juli in München. Stukkateure am 16. Juli in Dresden.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gibt sich die möglichste Mühe, freie Gewerkschaftler und Sozialdemokraten untereinander zu verhasen. Obwohl dies ein durchaus untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten ist, ermußt das München-Glabbacher Blatt doch nicht in seinem löblichen Beginnen. Daß es sich dabei manchmal selbst ohrfeigt, macht nicht viel aus. In der Nummer vom 18. März konstatiert es einmal, daß es zwischen Parteilitern und Gewerkschaftspraktikern keine Verständigung, sondern nur ein: „Kreuzigt sie!“ für die Gewerkschaftsführer gebe. Das andere Mal entriest es sich auf derselben Seite darüber, daß viele Gewerkschaftsangehörige als sozialdemokratische Reichstagskandidaten aufgestellt seien und läßt dann weiter: ein sozialdemokratischer Beobachter habe einmal gesagt, die Partei verführe es, den Gewerkschaftsführern mit einem Mandat den Mund zu stopfen.

Weim Zentrum sieht es bekanntlich mit der Aufstellung von Gewerkschaftlern als Reichstagskandidaten windiger aus. Die Zentrumspresse hat wohl große Worte für die Arbeiter, aber Arbeiterkandidaten? Damit steht es etwas anders. Da sagt man den einzigen „Arbeitervertreter“ unter 36 bayerischen Zentrumsgewählten aus, so daß die katholischen Arbeitervereine allen Ernsten erwägen, ob sie sich überhaupt noch an der Parteiarbeit beteiligen oder zum Protest in allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die offizielle Zentrumskandidatur ihre Stimme auf den abgesetzten Arbeitervertreter vereinigen sollen.

Kerzte und Schwindelkassen. Aller Voraussicht nach steht auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine gewisse Umwandlung bevor, die auch an den Schwindelkassen nicht spurlos vorübergehen wird. Es

scheint nun, daß gegenwärtig schon die Verhältnisse für diese Art Kassen durch die Einwirkung der öffentlichen Meinung, und zum geringen Teil auch durch die behördliche Aufsicht, sich so zugeeignet haben, daß sie sich nur noch mit den verzweifeltsten Mitteln zu behaupten vermögen. Was darin neuerdings von den verchiedensten Privatkrankenassen, Versicherungsvereinen und -anstalten geleistet wird, spottet jeder Beschreibung. Wir können leider nicht alle Schönheiten dieser Kassen anführen. Ausnahmslos haben sie Leistungen aufzuweisen, vor denen die zentralisierten Hilfskassen der Arbeiterschaft und erst recht die Ortskrankenassen vor Reid verblissen müssen. Herzliche Unterjuchung vor der Aufnahme ist nicht nötig. Der Antragsteller hat nur die Erklärung abzugeben, daß er noch nie krank war, vielmehr zeit lebens gesund gewesen ist. Der Agent beruhigt etwaige Gewissensbisse mit der Versicherung, daß es nicht so genau darauf ankomme, kurz, die Aufnahme wird vollzogen, die Beitragszahlung beginnt. Im Krankheitsfall ist es freilich anders. Da kommt es zumeist so, wie der ärztliche Verein für Württemberg in nachstehender Anündigung schreibt:

Die Vereinigung der Württembergischen Vereine für freie Arztwahl, der Ehlinger Delegiertenverband, hat beschlossen, künftig Mitglieder von Krankenunterstützungen nicht mehr auf Kassenechnung, sondern nur noch als Privatpatienten zu behandeln und Krankheitsbescheinigungen für solche Kassen und für private Zuschußkassen nur noch auf dem vom Ehlinger Delegiertenverband entworfenen Formular auszustellen, die Ausfertigung der eigenen Formulare dieser Kassen aber stets zu verweigern.

Der Grund für diesen Beschluß liegt darin, daß in den letzten Jahren die Patienten und die Kerzte durch Schwindelkassen um beträchtliche Summen betrogen wurden. Ferner darin, daß die Privatkrankenassen und ähnliche Kassen ihren Mitgliedern die Ausbezahlung von Krankengeld verweigern, wenn das von der Kasse entworfenen, sehr umständliche Formular nicht vollständig ausgefüllt ist. Die Fragen sind aber so gestellt und die Sätzeungen der Kasse so gehalten, daß die Kasse, wenn alle Fragen wahrheitsgetreu beantwortet werden, fast immer aus dem ärztlichen Akt ein Grund ableiten kann, aus dem sie dem Patienten sein Krankengeld vorzuenthalten berechtigt ist. So wurde häufig die Unterstützung verweigert, wenn vom Arzt bescheinigt wurde, daß der Patient früher einmal an einer ähnlichen Krankheit gelitten habe, oder daß etwa an demselben Körperteil schon einmal eine Krankheit bestanden hatte, auch wenn zwischen der früheren und der neuen Erkrankung keinerlei ursächlicher Zusammenhang bestand.

Es kann nicht Sache der Kerzte sein, zu einer planmäßigen Schädigung der Patienten die Hand zu bieten. Nachdem sich gezeigt hatte, daß Ausschüßbehörden und Gerichte den bestehenden Mißständen gegenüber machtlos sind, trat an die Kerzte die Frage heran, ob sie nun nicht ihrerseits jede Mitwirkung verweigern wollen. Künftig werden Kassen sich nicht mehr auf das ärztliche Zeugnis berufen können, wenn sie ihre Mitglieder um die Unterstützung prellen wollen. Da alle Kerzte, die für die Kassenmitglieder in Frage kommen, die Formulare verweigern, wird man die Kassen zwingen können, auch gegen eine einfache Bescheinigung der Erwerbsunfähigkeit auszusagen. Auf die Dauer werden sie überhaupt nicht weiterbestehen können, wenn sie nicht ihre Satzungen zugunsten der Versicherten in wichtigen Punkten ändern. Das beste Mittel bleibt allerdings noch wie vor, sich mit solchen zweifelhaften Kassen gar nicht einzulassen. Durch die gewerkschaftlichen Hilfskassen kann dem Bedürfnis nach Zusatzversicherung genügt werden.

Die Kerzte haben aus ihren Erfahrungen den treffendsten Entschluß gezogen, und dieses Vorgehen ist nur zu begrüßen, da es geeignet ist, den größten Teil der Klagen der Versicherten unmöglich zu machen; hoffentlich findet das Beispiel überall Nachahmung. Die bloße Verweigerung von Beiträgen mit den Kassen durch die ärztlichen Organisationen, die schon mehrfach geschieht, tut es nicht; nur scharfe Mittel können dem Unfug steuern.

Für die organisierte Arbeiterschaft ergibt sich aber die dringende Notwendigkeit, auch ihrerseits das Vorgehen der Kerzte zu unterstützen. Zwar hat es die Gewerkschaftspresse an Mitteilungen über das Wesen dieser Art Kassen zumeist nicht fehlen lassen. Das ist aber noch nicht ausreichend. Es kommt noch immer wieder vor, daß sich Mitglieder fast aller Organisationen zum Zutreiber solcher Kassen hergeben. In den Arbeitersekretariaten stellen sich immer und immer wieder Gewerkschaftsmitglieder vor, die durch einen „Freund“, Nebenarbeiter, Verbandskollegen zur Mitgliedschaft in einer dieser zweifelhaften Kassen veranlaßt wurden und bei den unaussprechlichen Schwierigkeiten mit der Kasse am Ende noch den Verband dafür verantwortlich machen wollen. Um das zu verhüten, muß durch die Gewerkschaftspresse und durch die örtlichen Verwaltungen unserer Verbände jedem einzelnen klar gemacht werden, daß eine solche Tätigkeit nicht zu verantworten ist, einen

Verrat an den Prinzipien der Arbeiterbewegung darstellt und in Interesse der Organisation nicht geduldet werden kann. Wenn nötig, müßten sich die Kongresse dagegen erklären. Hier klar und scharf vorzugehen, ist fast so wichtig, als der Kampf gegen die Schnapspest, der so außerordentlich erfolgreich geführt wird; auch hier stehen wichtige Interessen auf dem Spiele.

— **Ein christliches Gewerkschaftsorgan auf sozialdemokratischen Fäden.** Die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Staats- und Gemeindegewerkschaftsverbandes, brachte unter der Ueberschrift „Gleichberechtigung“ (Nr. 9 d. J.) einen Artikel, der nichts anderes verlangte, als die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Bevölkerungsklassen in jeder Beziehung! Daß diese Gleichberechtigung noch nicht vorhanden sei, sei als eine Schmach zu bezeichnen. Die Arbeiter müßten keinen Funken an Ehrgefühl besitzen, wenn sie diesen Kampf um die Gleichberechtigung nicht kämpfen würden! Kein Ausnahmerecht für die Arbeiter!

„Geschicht das dennoch, so treten wir eben in den Kampf ein um unser Recht und werden den auch zu führen wissen, bis wir das erreicht haben, was uns niemand vorenthalten darf.“

So die „Gewerkschaftsstimme“. In der Zeit, wo die christlichen Heerführer die Gewerkschaftsarbeit zwischen ausbeutenden Kapitalisten und ausgebeuteten Arbeitern predigen, wo christliche Gewerkschaften organisierten Streikbruch begehen und predigen und wo sie sich zu politischen Entzündungen der Arbeiter hergeben, fiel uns selbsterfindlich das Verlangen der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ nach Gleichberechtigung in jeder Beziehung auf. — Die sozialdemokratische Arbeiterpresse, die sich mit dem Artikel beschäftigte, zweifelte daran, daß es möglich sei, bei ökonomischer Ungleichheit die politische und soziale Gleichheit zu erlangen. Dieser Gedanke aber kümmerte die „Gewerkschaftsstimme“ nicht. Sie verlangte eben Gleichberechtigung in jeder Beziehung. Was Wunder, wenn die sozialdemokratische Arbeiterpresse dann zu folgenden Ausführungen kommen mußte:

„Und wenn, verehrte Christen, der Arenberg, der Pleß, der Hengel v. Donnerstern, die Stinnes, Röcklings usw. sagen, daß in dieser „gottgewollten Gesellschaftsordnung“ sie gar nicht daran dächten, weder die ökonomischen, noch die sozialen und politischen Rechte, die sie besitzen, mit irgend einem christlichen Land- oder Fabrikarbeiter gleichmäßig zu teilen, was dann? Nun, die Christen sagen ja selbst, sie werden kämpfen. Und wenn sie Widerstand finden, wie weit wird dann der Kampf geführt werden? Genügt das, wenn man sagt, bis zur unbegrenzten Gleichberechtigung und mit vorheriger Beseitigung der Widerstände, die sich der Gleichberechtigung entgegenstellen? Will man das, so sind wir ja einig, und der Klassenkampf kann gemeinschaftlich geführt werden, da er so wirksamer ist, als wenn die Arbeiterschaft ihre Kräfte in diesem Kampfe zerpflückt.“

Will man sich also nicht blödsinnige Phrasendrescherei nachsagen lassen, dann heraus mit der Antwort auf die Fragen: Wie denkt man sich die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung, wie soll der Kampf um diese Gleichberechtigung geführt werden? Sollen die Arbeiter zu den wirtschaftlich-sozialen, politischen Höhen hinauf, wo die Mächtigen stehen, oder soll die herrschende Klasse den Abstieg nach unten machen, oder will man beides, das heißt, sich auf einer mittleren Linie finden? Das muß doch gesagt werden. Will man auf irgend einem der drei Wege zu der Gleichberechtigung, dann hat man aber auch aufzuheben, irgend etwas zu verteidigen, was die Ungleichheit in dieser oder jener Beziehung stützt.“

Daraufhin erklärt der Artikelschreiber in der „Gewerkschaftsstimme“ (Nr. 11 vom 16. März 1911) rundweg, daß die Antwort auf die Fragen die sozialdemokratischen Blätter selbst gefunden hätten! Es bleibt also dabei, „daß wir (die Christen) bei Vorenthaltung der Gleichberechtigung den Kampf um unser Recht eintreten und diesen Kampf so lange führen werden, bis wir das erreicht haben, was uns niemand vorenthalten darf!“

Also dieselben Worte wie im ersten Artikel des christlichen Gewerkschaftsorgans werden auch im zweiten wiederholt, und zwar wurden sie, wie schon angedeutet, auf die Vorstellungen der Arbeiterpresse hin gegeben. Das christliche Blatt sagt weiter, daß die Sozialdemokraten nur eine Art der Kampfführung gelten lassen, die nicht den erwünschten Erfolg zu bringen geeignet ist. Die Taktik der „Christen“ sei geeignet, schneller zum Ziele zu kommen.

Auf sozialdemokratischer Seite vergißt man stets einen Faktor in Rechnung zu stellen, der bei solchen Kämpfen niemals außer Acht gelassen werden darf, daß es auch eine immanente Gerechtigkeit gibt. Das heißt,

daß unserer Forderung nach Gleichberechtigung eine solche zwingende Kraft innewohnt, daß weder Personen noch Institutionen sie uns auf die Dauer verjagen können.

Wenn wir die Worte so nehmen, wie sie dem christlichen Artikelschreiber aus der Feder träufelten, dann haben die Herrschenden bezw. die Kapitalisten nichts mehr zu lachen. Dann ist ihnen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein neuer Faktor entstanden, dem sie nicht widerstehen können und der eine solche zwingende Kraft ausübt, daß es mit der Vorherrschaft der Herrschenden und Kapitalisten, der Arenberg, Pleß, Donnerstern, Stinnes, Röschlings und alle der anderen Bezugsarten in der heutigen Gesellschaftsordnung recht bald vorbei sein wird. Daß wir uns da dem Vorhaben der christlichen Gewerkschaften entgegenstellen werden, ist ausgeschlossen. Wie die „Gewerkschaftsstimme“, so sehen auch wir uns recht bald nach der Herstellung der völligen sozialen, ökonomischen und politischen Gleichberechtigung. In diesem Sinne ist der Artikel nur zu begrüßen, ganz besonders in der jetzigen Zeit, wo man daran geht, stärker wie vorher, die christlichen Arbeiter nach dem Grundsatz zu erziehen: Wer Recht ist, muß knecht bleiben! Wo die Siegerwahl, Wieserth u. a. im Lande herumreisen und das hohe Lied des Unternehmertums in allen Tonarten singen und bestrebt sind, weiten Arbeiter- und Beamtenkreise für alle Ewigkeit bürgerliche und politische Rechte, z. B. ein wirksames Koalitionsrecht, vorzunehmen. Vielleicht trägt der Artikel der „Gewerkschaftsstimme“ dazu bei, die christlichen Gewerkschaftsführer, die im Dienste der Großindustrie und der Junker der deutschen Arbeiterchaft so manche blutende Wunde geschlagen haben, mehr Klassen-solidarität beizubringen. Dieses Empfinden der Klassen-solidarität bei den christlichen Gewerkschaftsführern wäre schon ein Fortschritt auf dem Weg der Erkämpfung der Gleichberechtigung in jeder Beziehung!

Wir befürchten nur, daß diese christlichen Führer den Schreiber des Artikels in der „Gewerkschaftsstimme“ in eine schließbare Stube zerren werden, wo sie ihm dann einen anderen Standpunkt klar machen werden, als wie in dem Artikel ausgesprochen worden ist.

Abrechnung

vom Streik der Eisnarbeiter in Rathenow.

Einnahmen:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Aus der Zentralkasse erhalten', 'Aus der Lokalkasse', 'Gefamteinnahme'.

Ausgaben:

Table with 3 columns: Description, Hauptkasse, Lokalkasse. Includes items like 'Streikunterstützung an: 93 verheiratete Arbeiter', 'Unterstützung f. 121 Kinder', 'Gefamtausgabe'.

Rathenow, den 16. Februar 1911.

Für die Streikleitung:

Walter Krüger. Hermann Dalge.

Die Revisoren:

G. Braunschweig. Hermann Brunn.

Literarisches.

Der industrielle Großbetrieb. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe. Von Richard Wolbi. Mit Abbildungen. Stuttgart 1911. Verlag von J. G. W. Dieck Nachfl. 112 Seiten.

(„H. E.“) Die vorliegende Schrift, sagt der Verfasser in der Vorbemerkung, könne nicht mit den teilweise sehr erschöpfenden Untersuchungen ver-

glichen werden, die in der Fachpresse über moderne Fabrikorganisation erschienen sind. Für seinen Zweck habe er nur einige Fragen der Betriebspraxis herausgegriffen, solche, die den Arbeiter näher angehen. Der Fabrikorganisator vom Fach sieht in dem Arbeiter nur eine Arbeitsmaschine, einen Betriebsfaktor, der, wie jeder andere, restlos ausgenutzt werden müsse. Im Gegensatz hierzu ist seine Darstellung unter dem Gesichtspunkt durchgeführt, dem Arbeiter eine Einführung in das Gebiet der modernen Fabrikbetriebslehre zu geben. Denn der heutige Gewerkschaftskampf erfordert immer mehr die Anwendung einer bestimmten Strategie und die Beherrschung fabrikorganisatorischer Fragen wird hier zur unbedingten Notwendigkeit. Der Autor hofft, seine Schrift werde ein nützlicher Beitrag sein können, um in beteiligten Kreisen die Kenntnisse für die großen noch bevorstehenden Wirtschaftskämpfe zu bereichern.

Die Schrift gliedert sich in drei Hauptabteilungen: 1. Arbeitsorganisation in der Werkstatt, 2. im Fabrikinterior, 3. der kapitalistischen Unternehmer, mit zahlreichen Unterabteilungen, worin der kundige Verfasser ein ungemein reiches Material vorführt, aus dem man vieles sonst Unbekanntes erfährt über die zahlreichen Praktiken der modernen Betriebe, worauf wir leider nicht näher eingehen können. Nur einzelnes sei hervorgehoben.

Die „Konstitutionelle Fabrik“ (Freese) wird als glatte Utopie erklärt. Der kapitalistische Betrieb könne ebensowenig eine konstitutionelle Verfassung erhalten wie der Militärstaat einen wirklichen Parlamentarismus. Der oberste Endzweck eines kapitalistischen Betriebes ist die Erzielung eines möglichst hohen Profits, dem alle anderen Faktoren untergeordnet werden. Aus jeder einzelnen Arbeitskraft muß durch die restlose Ausnutzung ihrer ganzen Leistungsfähigkeit der höchste Nußeffect herausgewirtschaftet werden. Der kapitalistische Unternehmer hat also ein schrankenloses Erwerbsinteresse. Er müßte seine ganze innere Wesenart aufgeben, wollte er sich durch eine noch so zahme Fabrikverfassung Schranken auferlegen lassen. Entweder also ist eine bedeutungslose sozialpolitische Spielerei daraus gemacht worden, oder besonders findige Unternehmer haben das Rezept der „verdächtigen Wohltaten“ anzuwenden versucht, in Arbeiterfreundlichkeit gemint, um in dieser Weise desto wirkungsvoller die Arbeiter in die Kreise ihrer Abhängigkeit hineinzuzwingen zu können.

Ueber die Tarifentwicklung, die bisher nur an den Toren der Großindustrie, Bergbau, Hüttenwesen, Textilindustrie, Maschinenbau und Elektrotechnik angeht, heißt es: Mit dem Erstarken der Arbeiterorganisationen werde sich auch hier die Situation ändern. Auch die großindustriellen Arbeitgeber werden sich dann ebenso an den Gedanken gewöhnen müssen, mit den Arbeiterverbänden als gleichgestellte Kontrahenten zu verhandeln, wie dazu die Unternehmer der Klein- und Mittelbetriebe gezwungen wurden.

Der technische Angestellte in der Fabrik ist der Aufseher oder richtiger der Antreiber der Arbeiter. Zum Interesse des Unternehmers hat er darauf hinzuwirken, daß der Arbeiter für seinen Lohn eine möglichst hohe Arbeitsleistung verrichtet. Je besser der Techniker als Betriebsleiter dem gerecht wird, desto eher wird er die Zufriedenheit des Unternehmers erwerben. Wird ein Arbeiter aus der Reihe seiner Kollegen herausgeholt und zu irgendeinem Kontrollposten bestimmt, so wird er ebenfalls als Antreiber auf seine früheren Arbeitskollegen gehetzt. Man zahlt ihm einen höheren Arbeitslohn und verpflichtet ihn dadurch, mit allen Mitteln das Tempo der Arbeit zu steigern, damit ein immer höherer Profit herausgewirtschaftet wird. Im letzten Grunde sind die Veruche der Unternehmer, die Gründung von Techniker-Gewerkschaften zu unterdrücken, der Furcht zuzuschreiben, daß hier einmal Anschauungen vertreten werden, durch die sich der Angestellte nicht mehr als Mittel auf die Arbeiter heben läßt.

Die deutschen Unternehmer haben aus sich selbst heraus keinen entsprechenden Nachwuchs hervorbringen können. Vielmehr muß das Kapital sich für die hohen und höchsten Stellen der großen Unternehmungen nach neuen Kräften aus den unteren Schichten, nämlich aus den Kreisen der höheren Lohnarbeiter umsehen.

Ein besonders interessantes Kapitel ist das von der kapitalistischen Tendenzwissenschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung erfordert opferfreudige Mitarbeit der einzelnen. Mit voller Hingabe müssen die Massen an den Vorgängen des Gemeinheitslebens teilnehmen. Hier ist die Organisation nicht das Werk von einigen leitenden Köpfen, sondern die Gesamtheit, die Massen selbst haben in gemeinsamer Arbeit und freier Tätigkeit diesen Bau aufgeführt. Nur aus der Demo-

kratie, aus dem Mitbestimmungsrecht und doch zugleich dem Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden Mitgliedes heraus entstehen in der Gesamtwirkung des Gewerkschaftslebens jene unüberwindlichen Kräfte, die in einem Kampfe mit dem heutigen Unternehmertum nötig sind. Eine teilnahmslose, uninteressierte Anhängerschaft ist der Feind jeder fruchtbaren und erfolgreichen Aktion im politischen wie im gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterbewegung. Aber es sei notwendig, besonders in den Gewerkschaften, dem gewaltigen Heereskörper eine leichte Beweglichkeit zu geben. Der Gewerkschaftskampf ist heute komplizierter geworden als früher und macht eine verfeinerte Strategie notwendig, ein Abwägen aller Faktoren im eigenen und gegnerischen Lager, eine intimere Kenntnis der Situation im wirtschaftlichen und politischen Leben, um auch immer erfolgreich zur rechten Stunde mit Aktionen eingreifen zu können.

In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung waren es Guerillakriege. Die Arbeiterschaft einer Fabrik stand einem einzelnen Unternehmer gegenüber. Konnte der Betrieb stillgelegt werden, so suchte die Konkurrenz die unerledigten Aufträge an sich zu ziehen. Ein Nachgeben des Unternehmers war für ihn oft das kleinere Übel. Heute hat sich auch bei den Unternehmern die Solidarität stärker entwickelt. So haben sich die Gewerkschaftskämpfe in ihrer Stoßkraft und in ihren Wirkungen verschärft, in ihren Mitteln verfeinert. In die Führerschaft, ihr Wissen und Können werden immer höhere Ansprüche gestellt. Es gibt Dinge, Entscheidungen, welche die Massen ihren Vertrauensleuten überlassen müssen. Ein scheinbarer Widerspruch zwischen Führerschaft und Demokratie, dessen Lösung die Partei- und Gewerkschaftspresse beschafftigt.

Jedem Gewerkschafter ist das Studium des Wöchens angelegentlich zu empfehlen.

Alkohol und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. med. Edwin Bab. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (J. Michaelis), Berlin S. O. 16, Engel-Ufer 19. — 22 Seiten. Preis 10 Pf.

Der Rechtsbeistand in gerichtlichen Angelegenheiten. Ein Handbuch zur Selbstbelehrung und zum praktischen Gebrauch für jedermann. Von Landgerichtsdirektor Dr. August. Verlag: Ferdinand Schöningh, Paderborn. Es behandelt an der Hand von 112 Musterbeispielen die Geschäfte des praktischen Lebens nach dem Recht der Schuldverhältnisse des BGB. in kurzer übersichtlicher Darstellung. Das Buch kostet 224 Seiten gebunden 2 Mark.

Der Essener Weineidsprozeß gegen Schröder und Genossen im Wiederaufnahmeverfahren. Mit sechs Porträts und einem Plan. (64 S.) Dortmund, Max König. Preis 20 Pf., Bibl.-Ausgabe 40 Pf.

Die kürzlich angekündigte, von der Partei herausgegebene Broschüre über den bedeutsamen Prozeß ist soeben erschienen. In originellem Umschlage, zweckmäßig ausgestattet, mit Porträts der Freigesprochenen und ihres Verteidigers, wird sie dazu beitragen, das Verständnis für diesen Lebensprozeß in den großen Massen der Bevölkerung zu weiden. Große Prozesse bilden Kulturdenkmale im Leben der Völker; an ihnen erweisen sich die Fortschritte der Kultur, sie sind Stationen der Umkehr, wenn die Rechtspflege auf Abwege geraten. In die Reihe dieser Prozesse gehört auch der Essener Weineidsprozeß. Das Wiederaufnahmeverfahren führte zum Zusammenbruch der ursprünglichen Anklage und des vor 16 Jahren gefällten Urteils, und zusammen brach auch die beliebte juristische Richtung der Lebensprozesse. Die Broschüre schildert in den einzelnen Kapiteln in kurzen Zügen die Vorgeschichte des Falls, die Verhandlung im Jahre 1895 mit ihren Nebenprozessen und die erneute Verhandlung im Februar d. J., letztere in den markantesten Zügen. In einem Schlußwort wird auf die politische Tragweite des Prozesses hingewiesen. Wer Klassenurteile studieren will, findet in der Broschüre hinreichend Stoff. Ihr Erscheinen ist um so mehr zu begrüßen, als auf dem Büchermarkt auch nicht eine literarische Erscheinung existiert, die das wichtige authentische Material des Prozesses unserer schnelllebigen Zeit der Bergeseit entzieht. Besonders aber auch, weil das Fest eine Menge von Tatsachenmaterial über unsere Rechtspflege enthält. Die Broschüre bietet uns ferner für die nächste Reichstagswahl ausgezeichnetes Material zur Aufklärung der Massen über die Forderungen der Partei zur Rechtspflege. Wir wünschen ihr daher die weiteste Verbreitung.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrad. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Die Hefte 16 und 17 sind zur Ausgabe gelangt. Preis pro Heft 20 Pf.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Arbeitslosen-Zuschnittstelle für Buchbinder und verw. Berufe, Berlin.

Zu den bisherigen Zahlstellen: Baum, Stallfchreiberstraße 47, Weniger, Kochstraße 33/34, ist als neue Zahlstelle Manzey, Reichenbergerstr. 16, hinzugekommen. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nur Sonnabends abends in der Zeit von 6 bis 8 Uhr im Lokale von Baum, Stallfchreiberstr. 47, erfolgt. Unterstützung wird laut Statut nur für 7 Tage auf einmal ausgezahlt. Der Vorstand.

Unserm langjährigen Mitglied und bewährten Vorstehenden Arthur Glöckler zu seiner Ueberführung nach Singen ein herzliches Lebewohl. Zahlstelle Freiburg.

Unserm lieben Kolleg. Franz Schmidt nebst Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die org. Kollegen und Kolleginnen der Firma Manes & Co., Berlin.

Unserm lieben Kollegen Willy Lang nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Ebnitz i. Sa.

Unserm wert. Kol. Arno Schwenker z. sein. Vermähl. m. Frä. Elisabeth Jorasky die best. Glückwünsche. Zahlstelle Apolda.

Gute Brotstelle.

Laden in nächster Nähe von 4 Schulen, bisher mit Buch-, Papierhandlung u. Buchbinderei besetzt, beste Geschäftslage in Stadt Brandenburgs mit 10 000 Einwohnern, zum 1. 10. cr. anderweitig zu vermieten. Off. sub J. B. 13866 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

Papiergeschäft, Buchbindergelegenh., wegzugsh. für jedes Angebot verlässlich. Papiergeschäft, Berlin, Nachodstr. 11.

Foto-Apparat,

18x18, Stativ-Kamera, fast neu. Günstig für Anfänger, verkauft für 57 M. Paech, Berlin, Werftstr. 7.

la Zephir-Dauerwäsche

(kalt abwaschb. Mansch. u. Stragen 2c.) Wiedervert., Händler, berl. Sie meine Engrospreisliste. Konkurrenzlose Preise. W. Holtzschmit, Ebersfeld.

Ein Wink für Kranke.

Deutschland besitzt im Ramscheider Stahlbrunnen einen Heilquell ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden. (Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Liebreich). — „Das Wasser ist großartig in seinen Wirkungen. Es ist in der heilgeordneten Proportion befüllt, der Wirkungen nicht zu viel gesagt, eher zu wenig. Ich habe es angewandt gegen Verdauungsbeschwerden, Mattigkeit in den Füßen, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Nervosität, Angstgefühl, Blutandrang nach dem Kopfe usw. Mit all dem räumt Ihr Stahlbrunnen gründlich auf.“ — „Das Ramscheider Stahlbrunnen-Wasser ist das einzige Mittel, welches mir in meinem schwerenervenleiden Hilfe brachte.“ — „Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch.“ — „Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die ersehnte Hilfe gefunden habe.“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblüffend gewirkt.“ — „Es ist für alte Leute eine wahre Wohltat.“ — „Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwiegend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnenkostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 128.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer. Preis: für Mitglieder 2,30 M., für Nichtmitglieder 3,30 M. (einschließlich Porto)

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geätz-Anstalt M. Broh Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29, Fernsprecher: Amt IV, 6958, kauft Kehrgold, Staubgold, Goldschmiere, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

Bekannt ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel F. Klement, Leipzig, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige (G. B.) Gemäß § 31 der Statuten beruft der Unterzeichnete die regelmäßige Ordentl. Generalversammlung.

Nach Beschluß der letzten ordentlichen Generalversammlung zu Frankfurt a. M. findet diese Generalversammlung in Leipzig statt, und zwar am Montag, den 26. und wenn nötig den 27. Juni d. J. im Volkshaus, Zeigerstr. 32. Eröffnung: Montag, den 26. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr.

- Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Ausschusses. 3. Prüfung und Befestigung der Jahresrechnungen von 1908-09 und 1910. 4. Beratung u. Beschlußfassung d. auf Abänderung des Statuts gestellten Anträge. 5. Feststellung der Beamtengehälter. 6. Wahl und Entlastung des Vorstandes, des Ausschusses und deren Ersatzmänner. 7. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen. 8. Verschiedenes.

Anträge, welche auf die Tagesordnung der Generalversammlung kommen sollen, müssen 8 Wochen vor derselben (also bis 29. April) dem Vorstand der Kasse schriftlich eingereicht werden. Diese Anträge erbitten wir separat geschrieben (nicht in Briefe verschloffen) und mit genauer Bezeichnung, zu welchem Paragraphen des gegenwärtig gültigen Statuts dieselben gestellt sind, einzufenden.

Die Wahl der Abgeordneten zu dieser Generalversammlung muß mindestens 4 Wochen vor derselben, und zwar in allen Verwaltungsstellen an ein und demselben Tage stattfinden.

Es müssen deshalb Sonnabends, den 27. Mai, in sämtlichen Verwaltungsstellen Hauptversammlungen zum Zwecke der Wahl abgehalten werden. Früher oder später stattfindende Wahlen sind nach § 27 Abs. 12 des Statuts unzulässig. Die Versammlungsanzeigen sind behufs Veröffentlichung im Kassenzentralbüro bis spätestens den 12. Mai an Unterzeichneten einzufenden.

Die Wahlen finden in Wahlabteilungen nach § 27, Abs. 13 und der von der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossenen Aenderung, 1. Nachtrag zu dem vom 1. Oktober 1905 geltenden Statut, statt, nach Maßgabe des Mitgliederhandbuchs vom 1. Januar 1911.

- Demzufolge wählt die 1. Wahlabteilung (Leipzig) 8 Abgeordnete; 2. Abt. (Berlin) 8 Abg.; 3. Abt. (Köpenick a. M.) 4 Abg.; 4. Abt. (Stuttgart) 2 Abg.; 5. Abt. (Gannover) 1 Abg.; 6. Abt. (Dresden) 1 Abg.; 7. Abt. (Frankfurt a. M.) 1 Abg.; 8. Abt. (München) 1 Abg.; 9. Abt. (Hamburg) 1 Abg.; 10. Abt. (München) 1 Abg.; 11. Abt. (Wiesbaden) 1 Abg.; 12. Abt. (Friedrichshagen) 1 Abg.; 13. Abt. (Dortmund) 1 Abg.; 14. Abt. (Annaberg, Buchholz, Freiberg i. Sa., Chemnitz, Gersdorf) 1 Abg.; 15. Abt. (Galle, Altenburg, Gera, Gotha, Schleiz) 1 Abg.; 16. Abt. (Magdeburg, Bielefeld, Hagen, Braunschweig, Hildesheim) 1 Abg.; 17. Abt. (Stettin, Neu-Stuppin, Breslau, Brieg, Bremen, Altona) 1 Abg.; 18. Abt. (Nachen, Köln, Bonn, M.-Glabbach, Cassel) 1 Abg.; 19. Abt. (Düsseldorf, Dortmund, Dülmen, Barmen, Essen, Herlohn) 1 Abg.; 20. Abt. (Reveler, Ebersfeld) 1 Abg.; 21. Abt. (Büchel, Heusenstamm, Neu-Isenburg) 1 Abg.; 22. Abt. (Hanau, Solingen, Pforzheim, Heilbronn, Eßlingen, Reutlingen) 1 Abg.; 23. Abt. (Mühlheim, Rumpenheim, M.-Steinheim, Grünstadt, Heidesheim) 1 Abg.; 24. Abt. (Weggen, Gaußen, Rembrücken) 1 Abg.; 25. Abt. (Mannheim, Mainz, Karlsruhe, Wiesbaden, K.-Volanden, Kandel) 1 Abg.; 26. Abt. (Freiburg, Lahr, Ulm) 1 Abg.; 27. Abt. (Regensburg, Würzburg, Fürth, Erlangen, Augsburg, Konstanz) 1 Abg.; 28. Abt. (Einselstehende Mitglieder) 2 Abg.

Die einzelstehenden Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, Vorschläge zu Kandidaten bis 6. Mai einzufenden, und zwar mit genauer Angabe des vollen Namens, der Adresse und der Mitgliedsbuchnummer der Vorgeschlagenen.

Nach Generalversammlungsbeschluß bestimmt der Kassenvorstand für aus mehreren Verwaltungsstellen zusammengesetzte Wahlabteilungen je eine Verwaltungsstelle als Vorort, welche die Pflicht hat, eine Verständigung zu Kandidatenvorschlägen anzubahnen. Betreffende Verwaltungsstelle ist in dieser Anzeige durch fetten Druck bezeichnet. Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt, daß den Vororten nicht ein Vorrecht erteilt wird, nur aus der eigenen Verwaltungsstelle Vorschläge zu Kandidaten zu machen, sondern daß der Vorort die Pflicht hat, alle von den einzelnen Verwaltungsstellen der Wahlabteilung gemachten Vorschläge als Zentrale entgegenzunehmen und sämtliche Kandidaten dann den zur Abteilung gehörenden Verwaltungsstellen zur Wahl rechtzeitig zu unterbreiten. Die hierdurch entstehenden Unkosten an Porto usw. trägt die Kasse. Für Sonderkandidaturen oder besondere Wahlagitacion, welche sich der Vermittelung des Vorortes nicht bedienen, dürfen der Kasse Unkosten nicht gemacht werden.

Die vorstehende Einberufung mußte den Bestimmungen unseres Statuts gemäß erfolgen, ohne daß wir in der Lage sind, für diese Generalversammlung zu der seit Jahren bestehenden, durch die Vorlage der „Reichsversicherungsordnung“ gegebenen Unsicherheit über die fernere Gestaltung der freien Hilfskassen Stellung nehmen zu können. Bevor die Reichsversicherungsordnung und das Gesetz betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes vom Reichstag nicht angenommen und das Privatversicherungsgesetz entsprechend abgeändert ist, lassen sich Vorschläge über eine Umgestaltung unserer Kasse nicht machen. Es wird mit Sicherheit angenommen, und recht wichtige Gründe sprechen dafür, daß der gegenwärtige Reichstag diese Gesetze annehmen wird. Wir werden dann innerhalb Jahresfrist eine außerordentliche Generalversammlung einberufen und eine vollständige Umgestaltung unseres Statuts vornehmen müssen. Diese Voraussetzungen lassen aber eine Abänderung unseres Statuts in der jetzt einberufenen Generalversammlung als überflüssig und unpraktisch erscheinen, da, bevor diese Abänderungen die behördliche Genehmigung erhalten haben, möglicherweise bereits jene außerordentliche Generalversammlung einzuberufen ist, oder diese Abänderungen durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen wieder ungültig geworden sind. Da aber auch die allgemeine Lage unserer Kasse eine dringende Aenderung der Beitrags- und Unterhaltungsfrage zurzeit nicht fordert, deshalb wird sich der Vorstand der Kasse für die bevorstehende ordentliche Generalversammlung aller Anträge auf Abänderung des Statuts enthalten und bittet Mitglieder und Verwaltungsvorstände sich dem anzuschließen.

Leipzig, den 13. März 1911. Für den Vorstand der Kasse: P. Brandmaier, Vorsitzender. P. Städter, Kassierer.